

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis pro Number durch
die Post bezogen 1,-
Gesamtgegenstand in die Post-
zeitungsliste Nr. 6402.

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlung - und
Buchstaben - Anzeigen die
3 geplante Kolonel-Zelle
60,-
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Stoy.
Druck von E. A. H. Weicker & So., beide in Hannover.

Berantwortlicher Redakteur: H. Schubert, Hannover.
Verkaufsabschluß: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Weihnachtsabend.

Die Flamme singt. Hell flacker's an den Wänden
Und zuckt und tanzt in tolem Widerschein.
Der kurze Tag, der kalte Tag will enden;
Mit grauen Augen starrt er still herein.
Die Straße liegt im weismen Dämmerrauch:
Die Nebel wallen und die Floden treiben.
Die Flamme singt, und vor dem warmen Hauch
Tropft es in blanken Perlen von den Scheiben.

Des Winters weiße Blumen, sie vergehn
Und schmelzen hin in lautlos sanftem Sterben;
Nur draußen, wo die kalten Winde wehn,
Klagt schrill und stöhnt ein zitterndes Verderben.
Längst fiel es hin, was sich dereinst gebläht
Auf stolzem Wipfel und am grünen Stamme:
Von wilden Wellern in den Grund gemählt,
Vermodert's nun im krüben Sträuchenschlamme.

Die Flamme singt. Ein Wagen knarrt heraus.
Vorüber eilen frierende Gesichter.
Die Gaslaternen flackern blichend auf:
Gelb blinkt im Schnee das Heer der matten Lichter.
Dort, hinterm Fenster, brennt die Lampe hell;
Die Freude stürmt herein mit wilden Buben,
Und alles Leid und aller Hass und Hohn
Versteckt sich schluchtern in den hellen Stuben.

Ein Ton und zwei — die Glocken schlagen an;
Laut hallt es durch die kalten, leeren Straßen
Und schwingt sich auf und schwingt sich himmelan
Und scheucht die Dohlen, die am Turme saßen.
An alle Türen klopft's, an jedes Tor,
Bis aus dem Haus die Andachtssonne treten,
Bis sich im Dom der lebte Schrift verlor
Von jenen, die noch nicht verlernt zu beten.

Die Flamme singt. Von ferner Orgel tönen
Leicht wie ein Hauch die Weihnachtsmelodein
Und nun, nun ist's, als braust ein wildes Stöhnen
Von fremder Erde jäh und schrill herein.
Und nun, nun ist's als ob Kanonen rollen
Und Heer um Heer sich wälzt in Tod und Schlacht,
Die Blüte zucken und die Donner rollen
Und rote Ströme fließen in die Nacht.

Und abertausend frische Wunden blutien;
Die letzten Seufzer irren dumpf nach Hause.
Sturmweihnacht! In wenigen Minuten
Löscht sie die Leben wie die Lichter aus.
Doch nicht die Kerzen, die im Dome glimmen.
An seinen Mauern brach der fremde Ton.
Hier hallen friedlich-frohe Vaterstimmen
Und loben ihn, den Gott und Menschensohn.

Die Flamme singt... Kriegslärm und Priesterworte...
Hört, Andachtssonne, ihr den Wutschrei nicht,
Wie fern, vielleicht an eines Tempels Pforte,
Der Bruder seinen Bruder würgt und sticht?
Könnt Frieden ihr auf dieser Erde wähnen?
Um einen trauern, der die Dornen trug,
Indes es schluchzt aus einem Meer von Tränen
Von Läusenden, die auch ein Wahn erschlug?...

Rot scheint die Glut. Still tropft es von den Scheiben.
In fernen Hütten tropft ein andres Nach.
Was fragst du, Mutter, wo die Toten bleiben?
Er fiel und starb — weißt du auch nicht um was? —
Christnacht... Wer rüttelt an den Fensterläden
Mit jähem Stoß?... Ein harter Sturmwind braust.
Der Nebel ballt sich. Und aus seinen Schwaden
Rekt sich gespenstisch eine Riesenfaust...
E. p.

Friede auf Erden!

Vieltausend Glöckchen läuten das Fest des Friedens ein. Viel-
tausend Kinder der christlichen Liebe rufen die frohe Botschaft ins
Land: Friede auf Erden!

Drei kleine Worte nur, aber eine einzige, endlose, riesengroße
Lüge. Eine Lüge, die durch Jahrzehnte und Jahrhunderte gerollt
ist, die laufende leuchtenden Antlizen als göttliche Offenbarung ver-
kündet, die Millionen gläubigen Gemüts als ewige Wahrheit hin-
genommen haben. Und doch eine Lüge!

Nicht Friede, nein Krieg ist auf Erden! Menschenmordender,
Länderverwüstender Krieg. Nicht weit von der Stätte, wo einst der
Mazarener der Menschen den ewigen Frieden verkündete, schreite
die Kriegsfurie durch die Lande. Und wo sie ihren Weg nimmt,
fallen Tausende und Zehntausende blühender Menschenleben dem
tödlichen Blei, dem mordenden Hunger, der unerbittlichen Seuche
zum Opfer. Brennende Dörfer, verwüstete Felder, bleichende
Knochen auf klagtgeränktem Gefild — Krieg ist auf Erden!

In das Klingeln der Glöckchen mischt sich das Donnern der
Kanonen; die salbungsvolle Rede des Predigers wird überdeckt vom
Gewirren der Sterbenden; auf die Botschaft vom ewigen Frieden
antworten die jammernden Mütter und hungrenden Kinder, denen
der Krieg das Leueste geraubt: Es ist Lüge, Lüge, Lüge!

Krieg ist auf Erden!

Bis an die Zähne gerüstet stehen sich die Völker gegenüber.
Der Massenmord ist ein sorglich gepflegtes Handwerk, eine raffiniert
ausgebildete Kunst geworden. Die Menschen werden für den Krieg
driekettig wie die Hunde für die Jagd. Eine Erfindung ist es voll-
wertig, wenn sie die Massenmordtechnik verbessert, ein Fortschritt
wird es voll anerkannt, wenn er im Kriege verwendbar ist. Was
sind die Führer im Reich der Wissenschaft gegen die Führer im
Kriege, was gute Gedichte gegen gute Kanonen, was ist alle Kultur
gegen den Kultus des organisierten Massenmordes, was ist alle
Kunst gegen die eine, einen Menschen auf 500 Meter Entfernung
sicher ins Herz zu treffen! Die Zahl der Soldaten, die Größe der
Schiffe, die Güte der Waffen: das sind die modernen Maßstäbe für
den Kulturgrad eines Volkes. Und je höher ein Volk in der so ge-
meinsamen Kultur gestiegen ist, um so eifriger ist es bemüht, diese
Kultur auszubreiten. Der ganze Erdball wird abgeschaut, in die
entferntesten Gegenden werden die bewährten Pioniere — Blei,
Brannitwein und Bibeln — geschickt, um arme „Barbaren“ zur
Sonnenhöhe kapitalistischer Kultur zu führen.

Kapitalistische Kultur? Das ist ein Widerspruch im Beifort.
Der Kapitalismus ist überhaupt kein kulturbildendes Element. Er
hat höchstens das Verdienst, durch die riesenhafte Ausweitung der
Produktionsmittel die Möglichkeit einer allgemeinen Kultur
gegeben zu haben. Aber diese allgemeine Kultur kann sich nur aus-

breiten gegen den Kapitalismus, und sie kann sich voll nur durch-
setzen durch und nach Überwindung des Kapitalismus.

Die kapitalistische Kultur ist nur Oberflächenkultur, ist eigentlich
nur Barbarei mit Kulturfetisch. Ist es etwa wahre Kultur, wenn ein
Volk zwar seine Krüppel sorglich pflegt, seine gesunden Söhne
aber vor die Kanonen schickt? Oder ist es wahre Kultur, wenn ein
Volk zwar den Freuden am Leben des Kindes auf das Schafott
schickt und selbst das arme Weib, das aus sozialer Not den Stein
eines werdenden Lebens nicht austreifen läßt, hinter Gefängnis-
mauern begräbt, den kommandierten Massenmord aber mit Aventuren
und Orden belohnt? Oder ist es endlich wahre Kultur, wenn in
mitten brennender Dörfer, tauchender Kanonen, gefürchterter Gräber,
zuckender Feuer, hungrender Frauen und Kinder die uralte Ver-
heilung ins Land geschieht: Friede auf Erden!

Nein, Krieg ist auf Erden! Krieg überall. Nicht nur auf
dem Balkan, wo die Proletariersöhne die Sünden der Herrschenden
mit ihrem Blut abwaschen, nein auch bei uns tobt der Krieg. Noch
nicht der Krieg, in dem die Kanonen sprechen, wohl aber der
nur in seinen Formen, nicht aber in seiner Wirkung mildere Krieg der
Reichen gegen die Armen, der Ausbeuter gegen die Ausgebeuteten,
der Bedrücker gegen die Bedrückten.

Wie verträgt sich die christliche Verheilung vom Frieden auf
Erden mit den unablässigen Versuchen der Scharfmacher, die auf-
strebende Arbeiterschaft durch Ausnahmegesetze zu knebeln? Es
kann doch unmöglich den wirtschaftlichen Frieden fördern, wenn die
allerchristlichsten Unternehmer ihre wirtschaftliche Macht, ihre gesell-
schaftlichen Beziehungen, ihren politischen Einfluß zu dem unchrist-
lichen Zwecke gebrauchen, der Arbeiterschaft den kulturellen Auf-
stieg auch noch durch Vermehrung und Verschärfung der geistlichen
Hemmisse zu erschweren.

Noch weniger wirken im Sinne der Weihnachtsbotschaft die
zahlreichen Verküsse, die ausblühende Arbeiterbewegung durch sys-
tematische organisierte Büchung und Pflege der Gehirnwundlumperei
zu schwächen. An den geistigen und moralischen Krüppeln, die in den
gelben Gründungen mancher Unternehmer zusammengefressen
werden, kann wirklich kein anständiger Mensch Wohlgefallen haben.
Noch weniger aber an denen, die diese niedrigste Charakterlosigkeit
als höchste Ewigkeit preisen, die jeden Arbeiter, der aus Dummheit
oder schuftiger Gesinnung seine Klasse verrät, als einen Helden
seien, die alle Rechts- und Moralbegriffe auf den Kopf stellen, um
die eigene Herrschaft aufrecht zu erhalten. An dieser organisierten
Niedertracht könnte höchstens der Teufel — wenn es einen gäbe —
sein Wohlgefallen haben.

Neben dieser Heimtücke aber tobt der offene Kampf. Die
ungeheure Deutung vieler Lebensmittel hat zahlreiche Arbeiter
geradezu gezwungen, im Interesse ihrer Familie, im Interesse der
Gesundheit ihrer Kinder, nach Erhöhung ihres kargen Lohnes zu

streben. Seitens nur fanden sie Verständnis und verständiges Ent-
gegkommen. Oft mußten sie harte Worte hören oder schroffe Ab-
weisung zähneknirschend entgegennehmen. Nur wo sie fest und ent-
schlossen zusammenstanden, konnten sie ihren Forderungen Gehör
verschaffen, den Unternehmer zum Nachgeben bewegen. Oft aller-
dings erst nach langem, harten Kampfe. Um einige Pfennig Lohn
mehr für die Stunde, um einige Stückchen Brot mehr für die Kinder,
um eine Kleinigkeit Licht und Lebensfreude für die Familie mußten
viele Arbeiter Wochen, ja Monate Opfer bringen, Entbehrungen
ertragen. Millionenschwere Kapitalisten, die sich die Botschaft vom
Frieden auf Erden in eigener Kapelle predigen lassen, treiben
hunderte von Arbeitern in den wirtschaftlichen Kampf, ohne auch
nur den Schatten eines gerechenden Grundes aufzuweisen zu können.

Ist es noch nötig, hinzuweisen auf die gewaltigen Kämpfe
zwischen Kapital und Arbeit, die uns voraussichtlich das kommende
Frühlings bringen wird? Dafür wir daran erinnern, daß die
Unternehmer im Baugewerbe seit Monaten, nein seit Jahren sieben-
haft rütteln, daß die Scharfmacher im Holzgewerbe einen Kampf für
das halbe Reich herausbeschwören, daß in vielen andern Gewerben
das Barometer aus Sturm steht? Was sollen wir in dieser ge-
witterzwarngeladenen Zeit mit dem Weihnachtswort vom Frieden auf
Erden!

Oder soll es nicht eine Kunde, sondern eine Mahnung sein?
Dann ist sie nutzlos für heute, wie sie es gewesen ist seit zweihun-
derttausend. Der Prediger hat nie eine Rolle gespielt in der Welt-
geschichte, das Wort ist nie aufgekommen gegen das Schwert. Aber
nicht nur nutzlos ist die Mahnung, sondern auch heugleich. Denn
im Namen des Christentums kämpfen die Völker auf dem Balkan,
und ihre Waffen sind geweiht von denselben Priestern, die jetzt ihre
Friede auf Erden rufen. Im wirtschaftlichen Kampf aber sind die
strengsten Christen nicht selten die unerbittlichsten Feinde des
arbeitenden Volkes.

Wer will es uns verargen, wenn wir der Weihnachtsbotschaft
nicht lauschen mit gläubigem Gemüte?

Und dennoch stimmen wir ein in den Ruf: Friede auf Erden!
Aber für uns ist er weder eine frohe Botschaft noch eine Mahnung,
sondern eine ernste Forderung. Eine Forderung, die wir erheben
in Namen der Menschheit, für die wir eintreten mit all unserer Kraft.
Die Verwirklichung dieser Forderung aber erwarten wir nicht von
der durch Ermahnmungen geweckten und gestärkten Einsicht der
Herrschenden, sondern von dem durch gemeinsame Interessen zu
solidarischem Handeln verpflichteten, durch starke Organisationen
geschulten Proletariat. Heute hat das organisierte Proletariat aller-
dings nur erst den ehrlichen Willen, den Frieden herbeizuführen —
es wird aber eine Zeit kommen, in der es die Macht hat, jeden Krieg
zu verhindern. Dann erst wird das Wort eine Wahrheit: Friede
auf Erden!

Das Fest der Kinder.

Wie kein andres ist Weihnachten ein Fest der Kinder. Es gehört ihnen, wie ein heiliges, unveräußerliches Recht; wer es ihnen nehmen wollte, beginne eine Sünde an dem werdenden Geiste der Jugend. Wir Erwachsenen, die wir vom Leben... immer wieder dahin belebt werden, daß die schöne Romantik der Dinge, daß die poetischen Bilder biblischer Sagen vor der harten Wirklichkeit zu schattenhaften Schemen verblassem, wir spüren doch zu Weihnachten wieder etwas von dem eigenartigen Zauber, der diesem Feste wie ein funkender Schleier anhaftet. Wir erinnern uns — erinnern uns wohl weniger bestimmter Geschehnisse, sondern fühlen nur, daß das Weihnachten unserer Kindheit etwas sehr Schönes und Freizvolles war, das seinen Glanz und Schimmer über das ganze Jahr breitete. War es der reißende Inhalt des Festes, der so tiefe Eindrücke im Kinderherzen zurückließ? Waren es die Geschenke, die das Christkind spendet? die der Phantasie schon Monate vorher so nährenden Stoff gaben? War's der Tannenbaum mit seinem Lichterglanz, seinem Gold- und Silberschlitterklang, der dies Fest so wunderbar leuchtend heraustrug aus der Zahl der andern?

Es wirkte wohl alles zusammen — und wirkt noch heute —, um jene Stimmung des Geheimnisvollen und Seltsamen, des Schönen hervorzurufen, die das sensationärne graue Leben der Kinder des Volkes verschwendt unterbricht. Mehr noch als der Erwachsene hascht das Kind nach Freude. Es will die sorglose Sicherheit, will sie als sein gutes Recht tragen deselben Naturgesetzes, das für die werdende Pflanze Sonne und Luft, Licht und Wärme fordert.

Und so tritt es uns gerade zu Weihnachten besonders scharf in das Bewußtsein, wie sehr dies Naturgesetz von der kapitalistischen Gesellschaft missachtet, wie frevelhaft den Kindern der Nichtbefindenden ihr ganzes und volles Recht vorenthalten wird.

Die Gesellschaft zückt sich in erstaunlicher Verleumdung ihres eigenen Wohlergehens zu Gehnausenden bissiger Schattenspänzen heren, die sowohl körperlich wie geistig nicht die nötige Widerstandsfähigkeit erlangen, um frankmachenden oder verderbenden Einflüssen, die ja überall wirksam sind, zu entgehen und vollwertige Menschen zu werden.

Hunderttausende von Proletarienkinderen werden trotz der Schutzgesetze zur Erwerbsarbeit gezwungen, teils, weil die Gesetze ungerecht sind, teils, weil die bestehenden umgangen werden. Schön die Schule fordert von den Kindern, fordert zur Genüge, was an Arbeits- und Disziplinengewohnung in Hinsicht auf das spätere Leben notwendig ist. Wo aber die letzte freie Stunde der Kinder in der Tretmühle des Verdienstes — und welchen Verdienstes! — zerstäubt wird, da ist die Sonne der Jugend gelöscht und nichts bleibt, Großes, Starkes kann geschehen. Unter den beschäftigungswürdigen Institutionen der kapitalistischen Welt ist die Kinderarbeit die schändlichste, weil sie die Leben in der ersten Blüte zerstört oder doch verpufft, und weil sie diese Sünde am Geschöpfen begeht, denen jeder eigene Widerstand unmöglich ist. Wo soll hier Jugendfreude herkommen?

Die Lust der Kinder hat zur ersten Voraussetzung die Freiheit. Die Freiheit des Bewegens, des Spiels. Hier sind die Kinder der Rücksichtenden, wenn sie noch nicht im Soße der Arbeit zu feuchten brauchen, jumpe besser daran, als die wohlhabende Jugend, die häufig unter dem ausgeschlagenen Reglement pedantischer Erzieher steht. Ihre Eltern werden vom Kampf ums Dasein derart in Anspannung genommen, daß ihnen eine fortgesetzte ständige Gewöhnung der Kinder zur Unmöglichkeit wird, woraus dann für die größeren Sprößlinge freilich oft genug die Notwendigkeit resultiert, nun ihrerseits auf die kleineren Geschwister achtzugeben und so der eigenen Spielfreiheit verlustig zu gehen. Und wo diese Notwendigkeit nicht vorliegt, erst die Freiheit jumpe zur Gelassenheit aus — und was Segen sein sollte, wird Fluch, weil der deutende Erzieher sieht:

Endgelenk die Kinder dieser Gesellschaft, bläßt ihnen verblüdige Freiheit und frohes Spiel, dann fest sich doch der materielle Druck, der sie oder weniger auf den Eltern lastet, auf die Kinder fällt. Zug der besten Wille der Erwachsenen kann ihnen ja den Tisch nicht anstreichen belegen, wenn etwa die egratidische Kurbelpolitik

Wach auf!

Der G. Arbeit. — Autorisierte Übertragung von H. Hesse.
An einem unerträlichen Abend im Winter lag der alte Grangard bei dem prahlenden Holzfeuer und war ganz in eine Freude gekommen, als er aus dem prahlenden Feuer des Kamins einen Kaffeemenge servirte und mit einem Lachen fragte:

„Was kann das nur sein?“
„Ich möchte Ihnen auf einer stillen Bankstange bei Nacht etwas Schreibens geben.“ Da... hielt er weiter, unerträliche, anstrengende Schreibungen am Schrein. Dann war es plötzlich, als hätte eine revolutionäre Mutter um die Seele des Gottes, und schreischnell legt der Alte das Praktizierende hin und antwortete:

„Die Mutter war jetzt vor dem Sterbfeuer angelangt und man verholte keine Schritte mehr, sondern man hörte immer heftlichere Rufe, obgleich sie sonst so... im Sterben verharrten...“

„Was plötzlich kam?“
„Wach auf!“ riefen beide die Stimme alle unten:

„Wach auf!“
Wach auf! heftige Stimme! Knackend, knallend und doch so leicht! Mit einem einzigen Schlag rißte er das Berg, und der Koffer war aufgetan, ohne recht zu wissen, warum. Er lag da einen Fuß und sah über das Bettwändchen hinaus, und da stand er hinter der Tür, schweigend und fern, so lässig.

„Wach auf!“ riefen beide die Stimme.
Er rißte den Schlüssel im Schlaf an, und sprang auf, läßt ihn der alte Mann das Gefüllte. Daß es er ist, der Mutter gewidmete, die vor ihm in der Dunkelheit stand und jetzt im nächsten Moment bei ihm eintrat und jetzt den unerträglichen Koffer nicht verläßt mehr, in dem die Schreischnelle standen — daß er sie in der Mutter gegenüber lag, lag sie ein plötzlicher Schrecken aufgeworfen:

„Wer ist das?“
„Kinder!“
„Pferde!“
„Hunde!“

Zusammen Rufe erschöpft, doch niemand hat einen Spruch verstanden, und der Alte, der lag in dem Sterbfeuer Platz, rieb sich den kiffenden Kopf auf die zusammengezogenen Schultern, bis sie in dem Dunkel bewegten, und sie war so erschöpft er ein faultes Gesicht und zusammengezogene Knie, und in der ersten Stunde, läßt sie ihm ein Werk, an dem sie nicht mehr arbeiten kann, hässlich schaute.

„Was weiß ich?“ fragte er. Die Mutter war ihm trocken vor Angst vom Oberkörper.

„Alles kann ich nicht mehr machen.“
Ein Augenblick später sollte ruhig und weiter ruhig, da, wo der Menschenkopf am höchsten war, etwas für die kindliche Stimme:

ihnen das Brot aus dem Schrank und das Fleisch vom Teller stießt. Jugend hat guten Appetit — und bei hungrigen Magen haben die schönsten Spiele nur schwachen Fleiz. Und so ist hier wieder ein Schatten, der breit und schwer auf die proletarische Jugend fällt.

Es läßt sich leicht sagen, man solle die Kinder mit den schweren Fragen des Lebens, mit Politik usw. verfrönen. Und es besteht unter verständigen Menschen wohl kaum eine Meinungsverschiedenheit darüber, daß es höchst geschmacklos ist, wenn Kinder mit politischen Schlagwörtern und Bergleichen umherwerfen. Aber wenn Mutter täglich über die Leitung der Lebensmittel klagen muß, weil die Groschen an allen Ecken und Enden fehlen, wenn Vater seinem berechtigten Grimm über die reaktionäre Wollausweitung und Wollbedeutung Ausdruck gibt, dann läßt sich's nicht vermeiden, daß auch in die Seelen der Kinder ein Same fällt, aus dem nicht gerade Begeisterung für den bestehenden Zustand der Dinge erwächst.

Und wenn die Geschenke, „die das Christkind spendet“, zur heutigen Weihnacht noch örmlicher ausfallen, als sonst, wenn in manchen Stuben zum ersten Male der geschmiedete, leuchtende Baum steht, dann werden die Kinder traurig fragen, wer ihnen ihr Recht genommen hat. Ihr heiliges Recht auf Weihnachtsfreude. Und die Eltern werden nicht umhin können, ihnen zu sagen, daß auch das Christkind und der Weihnachtsmann ihre Gaben am liebsten dorthin bringen, wo ohnehin schon das meiste ist, werden nicht verhehlen können, daß auch Friederich eine traurige Seele ist, die man diesmal eben nicht laufen kann, weil den Armen das Geld aus dem Beutel gestohlen wird — mit hoher obrigkeitlicher Genehmigung.

Die größeren Kinder werden vielleicht darauf hinweisen, daß man doch nicht stehlen dürfe, und daß man ihnen nun jahrelang Weihnachten das Fest der Liebe und des Friedens geschildert habe. Was soll der erwachsene Proletar darauf antworten? . . .

„Säet um Gotteswillen keinen Haß, keinen Unfrieden in die unschuldigen Kinderherzen!“ beschwören uns immer wieder wohlmeinende Gegner.
Schon recht, aber wir wollen auch keine Illusion in die unschuldigen Kinderherzen sät. Nein, die erst recht nicht!

Und darum kann unser Letztern auch hier nur die Wahrheit sein, angepaßt dem Verständnisse der Kinder.

Wenn diese Wahrheit heuer besonders frisch ist, weil die Gleichgültigkeit der Herrschenden gegenüber der Not des Volkes so offen und brutal zutage liegt, wie selten, dann ist es nicht unsre Schuld, wenn schon in den Kinderherzen der gepredigte Glaube an Menschenliebe von bangen Zweifeln überschattet wird. Es ist nicht unsre Schuld, wenn sie keine Harmonie in Worten und Taten der offiziellen Welt entdecken können, wenn sie z. B. Waffenkraut vom Frieden hören und dann Schlachtnachrichten lesen, deren trockenen Sähe von der Niedermecklung Zehntausender von Menschen erzählen. Strahlt nicht ein blutiger Schein von den Kampfstätten des Balkans herüber in den feierlichen Weihnachtslichterglanz?

Nein, es ist nicht unsre Schuld, wenn die Kinder des Proletariats nicht in harmlos ruhigem Werden aufzuwachsen dürfen. Es ist nicht unsre Schuld, wenn einem Teile von Ihnen ihr heiligstes Recht auf Weihnachtsfreude geraubt und damit eine schwere Sünde an den lustfördernden Seelen der Jugend begangen wird.

Aber unsre Schuld wäre es, wenn der Some der Erziehung nur die weise Freiheit des Hasses und Neides zeitigen würde.

Wenn die kapitalistische Epoche, in der wir leben, wenn die vollendliche, rücksichtige Politik der Herrschenden, wenn blinde Länderei und blutiger Denatismus die alten Ideale aus dem Herzen der Proletarienkinder verschenken, dann haben wir die Pflicht, diesen leeren Platz auszufüllen — auszufüllen mit neuen, lichten Idealen, die das Sterke, das Gute und Schöne bewirken.

Keine langatige Theorie, keine politischen Tagessprüchen!

Sondern die sittlichen, charakterbildenden Werte, die wie lauteres Gold austübben in allen Kämpfen, in allen Bestrebungen der aufzurichtenden Arbeiterschaft. Treue, Selbstbewußtheit, Opferbereitschaft, Wille zur Erfahrung, Wahrheit und Gewissenhaftigkeit und — als höchster Wert von allen — Solidarität!

Sondern die sittlichen, charakterbildenden Werte, die wie lauteres Gold austübben in allen Kämpfen, in allen Bestrebungen der aufzurichtenden Arbeiterschaft. Treue, Selbstbewußtheit, Opferbereitschaft, Wille zur Erfahrung, Wahrheit und Gewissenhaftigkeit und — als höchster Wert von allen — Solidarität!

Den Schlüssel der Kirche gebe ich nicht heraus. Ich darf es nicht.

„Wo habt ihr diese Worte denn in Regen ließen lassen? Zwei sind schon unterwegs getrieben und die Kleinen liegen wie tot in den Armen ihrer Mütter. Wo habt du denn gelebt, daß der Herr des Hauses nicht erwidigt, als ich die Hilfe an eine wohlaufzuhaltende Besuchsstunde gegeben? Geh und nimmt den Schlüssel von seinem Haken, und diesen Kleinen, von der Schranktür der Menschen Verjagen, mößtest du dann selbst das Schätzchen an!“

„Geh, kann es nicht.“

„Warum es kann nicht?“

„Du gehst... wer bist du denn eigentlich?“

Ein Sohn des Unterganges antwortete ihm — er flieg unten aus dem Hause heraus, halte über die Köpfe dahin, und wie der Regen prallte er an die Wand des Schatzhauses:

„Die Polizei kommt!“

Es folgte ein unregelmäßiges Drängen den Berg hinunter, ein heftiges Stampfen der Holzstücke und die Schreischnelle lädt um. Ihre Schreischnelle rissen sich von einer Seite zur andern fort — wie das Zittern der elektrischen Bewunderungen auf dem Schlagwinkel. Und vom Regen durchzogen, fließend und mit schmerzenden Schultern hörte der Alte flüsternd zu wie ein Betrunken, als er drei Stufen hag in dem Dunkel wankend lag — es waren die Schranktüren.

Keine Ausreden, Herr Abt?“ fragte der Nachtmäher. „Keine!“ antwortete der Abt, doch ohne Zittern. „Sie sind nicht bei Ihnen eingedrungen?“

„Kein.“

„Dann geh alles gut.“

„Klar.“ Sie... ?

„Gern, wir haben ja den Städtefußball.“ Und indem sie die Türe zum Schatzhaus einen Mann seien, bekleidet mit einem langen dunklen Mantel.

„Hier ist er.“

„Das ist wirklich der Führer?“

„Ja, sie leben zweit.“

„Sie sind keine Kaiser?“

„Noch nicht.“

Und nun zu dem Mann wendend, fragte der Nachtmäher:

„Wie heißt du?“

„Der Befreier.“

„Ein Befreier ist?“ — da lachte es auf im Knaben.

„Ach ja, das Kindchen wurde bald durchmästert,“

„Was wird die Mutter da für Freude haben,“

„Die gute Mutter, die sich sonst so hämmert.“

Reicht, nicht als Gnade. Und da wir die höchste Kultur wollen, wollen wir auch den Völkerfrieden und die Beseitigung jenes blutigen Überbleibels aus den Seiten der Barbarei: des menschenmordenden Krieges.

Aus den Seiten der Barbarei . . .

Gibt mir denn schon heraus?

Nicht eher, als bis bis auch die Kindheit, die Jugend des Volkes von jedem Druck, jeder Not befreit ist. Nicht eher, als bis die Anerkennung ihres Rechts auf Vergnügung und Freude zur Tattheit, zur Selbstverständlichkeit geworden ist.

Aus dem Reichstage.

Montag, den 9. Dezember, wurden die Verhandlungen über das Petroliummonopol fortgesetzt. In der Regierungsvorlage ist dafür die Bezeichnung gewählt „Entwurf eines Gesetzes über den Verkauf von Mineralöl“. Der § 1 bestimmt: Die Einführung und die Herstellung von Mineralöl, die zum Brennen auf Lampen geeignet sind („Petrol“) sowie der Großhandel damit im Reichslande stehen ausschließlich dem Reiche zu. Der Absatz 2 des § 1 legt fest, was als Recht angesehen ist. Der Absatz 3 bestimmt, daß das Recht, wenn es die Vergnügung zum Petroleumhandel nicht selbst ausübt, diese an eine Betriebsgesellschaft überträgt kann. Deren Etagen bedienen das Betrieb und Ausbildung des Reichslandes, unter dessen Aufsicht sie auch gestellt bleiben. Ein vom Reichslandrat ernannter Reichslandrat nimmt an den Sitzungen des Aufsichtsrates und den Generalversammlungen teil. Der Reichslandrat kann jederzeit Bericht vom Vorstand und Aufsichtsrat über die Angelegenheiten der Gesellschaft verlangen. Ihre Bücher und Schriften entziehen, auf ihre Kosten aus wichtigen Gründen eine außerordentliche Generalverammlung einberufen. Er kann die Ausführung von Beschlüssen und Anordnungen untersagen.

Von dem nach Abzug aller Unfosten, Steuern und Abschreibungen verbleibenden Bruttogewinn sind zunächst zehn vom Hundert dem Reichenfonds zuzuhören, bis dieser 50 vom Hundert des Grundkapitals beträgt. In den restlichen 50 teilen sich Reich und Betriebsgesellschaft. Dem Reichenfonds sollen in folgender Verteilung Grenzen gesetzt werden: Der Verkaufspreis für 1 Liter Reichsöl gebührt der Betriebsgesellschaft, falls er im Jahresdurchschnitt 20 Pf. ab Tantanganie nicht überschreitet. Bei diesem Verkaufspreis darf sich die Betriebsgesellschaft nach Belieben sämtliche Unfosten, Steuern, Abschreibungen und Ausführungen an den Reichenfonds einen Verdienst bis zu 1/4 Pf. für jeden zum Verkauf gelangenden Liter Reichsöl berechnen. Das Reich erhält in diesem Falle denjenigen Betrag, der nach einer Verzinsung des Grundkapitals der Betriebsgesellschaft mit fünf vom Hundert verbleibt.

Es ist ein Preisausgleichs fond geschaffen, in welchen Einnahmen liegen, die über dem reinen Reich und der Betriebsgesellschaft zustehenden Verdienst hinausgehen. Dieser Ausgleichsfonds soll nur zur Herabsetzung der Preise dienen, wenn der Durchschnittspreis überschritten werden sollte. Sobald der Ausgleichsfonds die Höhe von 20 Millionen erreicht hat, müssen etwaige Mehreinnahmen in jedem Falle zur Betrieberablegung verwandt werden. Der Preisausgleichsfonds soll auch in Anfang genommen werden, wenn eine ständig prozentige Verzinsung des Grundkapitals nicht erreicht wird. Die bestehenden Petroleumhandelsgesellschaften werden gegen Entschädigung übernommen. Den Angestellten, welche nicht in der Betriebsgesellschaft weiterbeschäftigt werden, bezahlt nach einer Fortsetzung des Reichslandrats ein Beträchtliches Gehalt, soweit sie durch Aufgabe der Betriebe in die Betriebsgesellschaften übertragen werden. Diese Angestellten erhalten die Entschädigung des Betriebslandes, welche nicht in dem Betrieb in die Betriebsgesellschaften übertragen werden. Der Betrieb ist in der öffentlichen Kritik in der Betriebsgesellschaften angesichts der Vereinigung der Röntgenfreiheit der in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter, insbesondere der im Deutschen Militärräte beschäftigten organisierten, zu tun, um das durch die Reichsgesetzgebung gewährte Recht der Röntgenfreiheit der Angestellten und Arbeitern gegen solche Angriffe zu sichern.

Dem Betriebslandrat ist in der öffentlichen Kritik in den zweitägigen Debatten im Reichstag ist ihm kein verteidigender Freund erschienen. Die eisigen Anhänger der Monopolide lehnen den Entwurf ab. Fast jede Rede erinnert an die auf dem Friedhof abklöppelten drei Hände voll Erde und an das Ruhm Jakob, das man einem Verstoßenden widmet. Vielleicht wäre der Entwurf gar nicht an die Kommission gelommen, wenn es die Sozialdemokratie nicht beantragt. Deren Redner Wirtz und Frank gaben in ihren Reden auch Fingerzeige zur Verbesserung des Entwurfs. Sie forderten die Erhöhung der Arbeit, woran Schatzkanzler Rath die schon angeführte Erfüllung abgab. So gelangte der Entwurf an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Sie kann sein Grab werden oder aber auch, wie beim Kaligrafen, ihn in ganz ander Gestalt dem Hause zurückgeben.

Ein fortwährender Antrag stand am 10. und 11. Dezember zur Verhandlung und hatte diesen Wortlaut:

„Was gedenkt der Reichslandrat angesichts der Vereinigung der Röntgenfreiheit der in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter, insbesondere der im Deutschen Militärräte beschäftigten organisierten, zu tun, um das durch die Reichsgesetzgebung gewährte Recht der Röntgenfreiheit der Angestellten und Arbeitern gegen solche Angriffe zu sichern.“

Die Militärräte, der im August 1913 einen Erlass gegen den Verband der Militärräte gerichtet. Wenn dieser auch nicht direkt die Mitgliedschaft in genannte Verbände verbietet, so legt die Wirkung des Erlasses doch darin, daß die militärischen Militärräte in Scharen herausgelöst werden. Hier Dienststellen haben den Erlass aber als Verbot aufgefaßt und entsprechend bekanntgegeben. Der Erlass des Vorsitzenden der

</

Militärbehörde bestand darin, daß ein Drittel der Mitglieder aus dem Verbande ausgetreten und diesem ein Verlust von 15.000 M. entstanden ist. Der Vorsitzende Dr. Müller schlug energische Töne der Kritik an. Diese würden sicher noch wirkungsvoller gewesen sein, wenn seine Klasse- und Partei-genossen immer die Richtung vor dem Konsolidationsrecht gezeigt hätten, welche Müller jetzt mit Sticht von den Seiten des Staatssekretärs fordert. Denkt hat es oft sehr gepaspt. In Spandau wird der Militärarbeiterverein besonders energisch bekämpft. Der Konservative Wahlverein, also ein ausgesprochen politischer Verein, kann aber angehindert in den Vereinen agitieren. Dabei hat die Leitung des Militärarbeitervereins an Selbstverwaltung so pliell das Mögliche geleistet. Man vermuht, der Militärarbeitsverband passe es nicht, daß die Leitung des Vereins in Bayern ihren Sitz habe. Der Verein erbot sich, einen zweiten Vorsitzenden aus Spandau zu wählen. Tropfend fand er keine Gnade.

Gleiche Schikanen haben die Berliner Feuerwehrleute mit ihrem Verein erduldet, um Eisenbahnerarbeiter, die sich organisieren, macht man ebenfalls das Leben sauer. Man kann mit Sticht behaupten, daß staatlichen Arbeitern und den anderen Beamten die Befähigung zu einer Organisation, welche die materiellen Interessen der Mitglieder im Ernst wahren will, einschließlich gemacht wird.

Der Verlauf der Verhandlungen hat gezeigt, daß das die Regierung auch will. Die Staatsarbeiter und -angestellten sollen nur Vereinen angehören, die in Parteidienst machen, überflüssige Vereinsvereine treiben. Gibt die Föderation des Vereins weiter, rückt er sein Augenmerk auf Wahrung der Rechte der Mitglieder im Arbeitsverhältnis, dann wird ihm das Leben leicht ausgeblassen. Wenn das nicht die Absicht der Regierung wäre, wie könnte sich dann der Staatssekretär hinstellen und bestreiten, daß es ein garantierter Recht für Vereine ist, die Föderation zu geben? Er behauptet, sowohl von einem Vereinigungsberecht in den Gezeiten die Rechte, sei auch eine staatliche Reglementierung zugelassen. Die Polizei kann erwachsenen Personen die Teilnahme an Vereinen nicht verbieten, wohl aber die Vorschriften, und durch Vertrag könne die Möglichkeiten der Konsolidation beschränkt werden. Für den Staat nimmt der Staatssekretär das Recht in Anspruch, daß er im Wege des Arbeitsvertrages und auch sonst das Konsolidationsrecht so weit einschränkt, daß, wie es die Betriebsicherheit, Leistungsfähigkeit solcher Betriebe geschiehe, die bürgerlichen Interessen dienen; zum Beispiel Eisenbahnen, Verpflegung mit Wasser und Licht. Auch der Beauftragung des Heeres und der Marine möge das Recht zuliegen, ihre Arbeiter von einer Vereinstätigkeit auszuschließen, die geeignet sein könnte, die Leistungsfähigkeit und Schlagfertigkeit ihrer Verbände zu schwächen. Das ist Betriebsabsolutismus, welcher der Minister so verstand. Damals sind die Arbeiter auf Gnade und Ungnade der Verwaltung verhängt ausgeliefert, nicht nur soweit die Arbeitsverhältnisse an sich in Frage kommen, auch darüber hinweg, ins Privatleben hinein. Diese Declarierung des Vereinsrechts wird zur Folge haben, daß die Scharfmacher auch übermächtig werden. Wenn ein Arbeiterverein diesem Verwaltungsbefreiung nur den kleinen Finger reicht, um den ist es getrieben. Der Militärarbeiterverein hat nichts getan, was Staatsgeschäftlich werden könnte. Das besondere nichts getan, was den Verdacht hätte rechtfertigen können, er wolle streiken. Tropfend muß er davon glauben. Schon das Zadela von Betriebsmissständen wurde ihm zum Verhängnis.

Die von dem Staatssekretär angestellte staatsrechtliche Spindulterei über das Konsolidationsrecht wurde von Bauer beim rechten Namen genannt: „Brotzeitliche Anschauungen.“ Bauer führt den Nachweis, daß im Gegenzug für der Behauptung des Staatssekretärs bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Kommission und der Regierungsbereiter den Standpunkt vertreten haben, daß ein Vertrag, der die Rüfung des Konsolidationsrechtes ausgeschlossen sollte, gegen die guten Sitten verstoße. Der nationalliberale „Arbeitervereiner“ selber mußte sich an dem Geständnis bequemen, daß die den Staatsarbeitern gräßlich gewährten Ausschüsse nicht mehr als eine Deliktion seien. Mit dem Konservativen B. Wissel stellten sich in bezug auf Preisgeboten der Arbeitervereine in einer Linie die Herren Behrens und Schirmer und Schwartz vom Zentrum. Außerdem brachten es die Genannten wieder einmal fertig, über den Terrorismus der freien Gewerkschaften zu reden. Der Staatssekretär hatte die christlichen Gewerkschaften als „moralisch und wissenschaftlich“ bezeichnet, die mühten sich die Herzen, doch erkenntlich zeigen, und so ging das Befreiungsgebot von „Terrorismusfällen“ los. Die Arbeiter werden diese Art Verleitung bei Niedergesetzten sehr schaden merken.

Um Donnerstag, dem 12. Dezember, wurde der Reichstag bis zum 8. Januar verlegt.

— 9 —

Die gelbe Schutzgruppe der Unternehmer.

IV.

Die Gelben und die Sozialpolitik

Im letzten Artikel haben wir den dokumentarischen Nachweis dafür erbracht, daß die Gelben den Unternehmern nicht nur die Abwehr berechtigt Forderungen der Arbeiter, sondern auch direkt die Verschärfung bestehender Arbeitsbedingungen erleichtern. Mit dieser weitreichenden Gegenleistung der Gelben begnügen sich

Doch plötzlich steht ein Hand. Es bringt erschreckt.
Der Knabe sich ins Dicke halbgestoßen,
Er weiß, wenn ihn der Föster hier entdeckt,
Dann ist das ganze Bündel Holz verloren.
Du spürst, längst jagen ihn des Fösters Augen:
„Ha, hab' ich einen von den Leuten hier,
Die nur zum Verteilt und zum Siehnen tanzen!“
Und bringt des Knaben Namen zu Papies

Jetzt gehe aus dem Walde gleich hinaus,
Es soll das Lumpenbad nur Holz sich laufen,
Du solltest deinen heut im Gotteshaus
Und nicht schon stehen in die Walde laufen;
Es darf das dritte Holz sich niemand holen,
Kommt du noch einmal, auch du vor Gericht,
Ja hande nur, wie es der Stai befiehlt,
Sag' dan, daß du fortkomst, denn ich schone nicht.

Er geht, der letzten Hoffnung nun verlust,
Erinnert von den schändlichen Regel,
Um bitter weinen legt sein Kindes Haupt
In seiner Mutter Hände freil zu legen.
Die Mutter aber steckelt seine Wangen,
Es ruht so schwer auf ihm, ihr wider Blüte,
Zu helfen, war er betrunken hem gegangen,
Was wußte er von Freub' und Weihnachtsglück?

Sei du nur still, mein Kind, und esöfe dich,
Es wird das Leben deinet Mütter enden,
Dann sehen die auch schön're Tage sich,
Und alles Bild wird sich zur Freude werden.
Mit andern Kindern wird du wieder spielen,
Für schwere, heilere Schenkmaisen,
Dann werden wir uns wieder glücklich fühlen
Und alle Not wird auch vergessen sein.

So tröstet die, die nach dem kalten Grab. —
Sie fühlt den Tod, es kann kein Arg' sie heilen.
Da bringt zum Knaben sie sich leid' herab,
Um unter Tränen ihm doch mitzutragen:
„Und wenn ich dich, mein Kind, einst noch verloren,
Das Gott' mir bei, was sie zu dir spricht;
Das Gott' lieben und das Gott' hören,
Sei stets dein Wahlvater, von dem lasse nicht.

Halt rein dein Herz! Sieh auf der rauhen Bahne
Des wahrsch' Schönen, Edlen rausst du schreien,
Wie es dein wacker Vater ließ geführt
Das Mitleid du mit andern Menschen Leiden.
Sieh seh' dir in die Mutter des Leidens klippen. —
Da hält der Todessiegel jetzt gefangen.
Und knüpft vernehmbar hantchen nach die Lippen:
„Ded mögl' — mein guics — und mein — heides Kind!“

die Unternehmer auch nicht. So werden uns bestimmen, sie, daß ihnen die Gelben auch bei dem Kampf gegen die Sozialpolitik Geschäftlichkeit und Hilfe leisten. Da sie die eigentlichen Drahtzieher selbst stellen und bezahlen, kann gar keine Rede davon sein, daß ihr Wunsch erfüllt würde. So heißt der gelbe „Bund“ mit einer Ungeheuertheit die eigentlich selbst geistig sehr schwärmige Arbeiter stützt machen möchte, gegen jede wirkliche Fortbildung der Sozialpolitik. Erst vor wenigen Monaten wandte er sich gegen „Die finanzielle Belastung unserer Industrie durch Sozialgesetze“ und meinte, es sei „an der Zeit, zu prüfen, ob nicht der Bogen der Sozialbelastung für unsre Industrie überspannt wird“, denn unser Unternehmer ist starker und leistungsfähig erhalten bleiben.

Dass auch die Arbeiter stark und leistungsfähig erhalten werden müssen, scheint das gelbe Blatt nicht für notwendig zu erachten.

Ganz besonders eifrig wettern die gelben Blätter gegen eine etwaige gesetzliche Arbeitslosenversicherung. Dabei wird an die niedrigsten Instanzen appelliert.

Man beachte nur folgende Auslassungen des Augsburger Werkvereinsblattes „Die Wahr“ (Nr. 22 von 1907) zur Frage der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung:

„Der tödliche Mann, der seine Flocke tut, findet Jahrzehntlang an denselben Stelle sein Brot. Er hat also keine Verantwortung, Beiträge zu einer Versicherung zu zahlen, die ihm menschlicher Voraussicht nach doch niemals zugute kommen wird. Von den Beiträgen der Unternehmen, der Hersteller, der Kaufleute, der Gewissenlosen ist aber keine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu halten.“

In demselben Sinne, teilweise sogar mit denselben Kraftausdrücken, äußert sich die „Deutsche Freiheit“, das Organ der bürgerlichen Arbeitervereine, in allerleichter Zeit. In einer Abhandlung über „Arbeitslosigkeit“ wird auch die staatliche Arbeitslosenversicherung glatt abgelehnt. Selbstverständlich wird nicht das Interesse der Unternehmer ins Feld geführt, sondern das der Arbeiter. Es heißt, die staatliche Arbeitslosenversicherung würde, wenn sie ohne Rücksicht auf das eigene Verschulden gezahlt würde, zu den „größten Ungehörigkeiten“ führen. Denn „auch der größte Leichtsinn, der in unüberlegten, sinnlosen Hoffnungen aus der kleinen Stadt in die Großstadt läuft, fände hier von Staats wegen eine Belohnung, und die Gewissenhaften, Vorsichtigen, Genußsüchtigen mühten zahlen für die Leichtsinnigen, Genußsüchtigen, Gewissenlosen“.

Diese Sätze, deren Vollständigkeit jeder denkende Arbeiter sofort erkennen muß, schneien dem gelben Blatt allerdings nicht ausreichend, die Absehung eines für die Arbeiter so wichtigen Sozialgesetzes zu begründen. Und so macht es dann im weiteren Verlauf seiner Untersuchungen noch die schreckliche Entdeckung, daß die Arbeitslosenversicherung nicht nur die Ausplunderung der Gewissenlosen, sondern zugunsten der Leichtsinnigen und Genußsüchtigen zur Folge hat, sondern auch noch — man erschreckt nicht — unsre gesamte Kultur gefährdet und direkt in den sozialdemokratischen Zukunftstaat führt. Die „Deutsche Freiheit“ drückt das so aus:

„Die ungeheure Gefahr einer solchen Arbeitslosenversicherung liegt vor allem darin, daß sie die moralische Selbstverantwortung des Menschen, die doch das Ziel aller sittlichen Kultur ist, abschafft, daß sie ihm die Entscheidung über Recht und Unrecht, Gut und Böse, Verantwortung und Törheit abnähme und sie auf eine bevorstehende Staatsregierung überträgt. Damit näherten wir uns aber in bedenklicher Weise dem sozialdemokratischen Zukunftstaat...“ (Deutsche Freiheit“ Nr. 38 vom 15. September 1912)

Dass die Unternehmer sich mit ganz besonderem Eifer gegen die Arbeitslosenunterstützung wenden, ist verständlich. Wissen sie doch, daß die Unterstützung der Arbeitslosen deren wirtschaftliche Widerstandskraft stärkt, sie ermuntert, allzu schlechten Arbeitsbedingungen zu entschließen, Arbeit, die zu besonders schlechten Bedingungen angeboten wird, abzulehnen. Es ist auch verständlich, daß die Unternehmer die wirtschaftlichen Gründe ihres Widerstandes gegen die Arbeitslosenunterstützung nicht angeben wollen und sich bei ihrem Kampf gern in die Loga der Moral- und Menschheitsreiter hassen, die der Faschist größtes, den Wohlgegang, austrotzen wollen. Über daß ein gelbes Blatt es wagen darf, die abgestandenen Schlagworte der Unternehmer Krüppeln als tiefe Weisheit zu bieten, ist in hohem Maße bedauerlich. Man sollte eigentlich annehmen, daß eine einzige schriftstellerische Leistung, wie die oben gekennzeichnete, die genannten gelben Arbeiter stützt machen möchte. Es scheint aber als ob manche Arbeiter in den Werkvereinen nicht nur moralisch verlumpten sondern auch geistig unter jeden zulässigen Durchschnitt herunter sinken.

Gelbe und Ausnahmegesetze

In das Gejsehre nach Ausnahmegesetzen gegen die Gewerkschaften, das in den letzten Jahren gar nicht mehr verstummen will, müssen selbstverständlich auch die Gelben einstimmen. Die Unternehmer fordern ja angeblich Ausnahmegesetze nicht im Interesse und zum Schutze der Unternehmer, sondern zum Schutze der Arbeiter gegen den Terroristischen der Gewerkschaften. Die „persönliche Freiheit“ soll gesichert, das „Recht auf Arbeit“ gewahrt, der „freie Willen des arbeitsamen Mannes“ gefördert werden. Es war also jene Arbeiterfreundlichkeit, die die Organisation der Scharfmacher veranlaßte, dem Kongress der gelben Vereine, der am 15. Oktober 1910 in Magdeburg tagte, folgenden Beschluß zu diffundieren:

„Die Konferenz aller nationalen Werk- und Arbeitervereine Deutschlands protestiert gegen den Missbrauch des Konsolidationsrechts und gegen das Vorherrschen der Kampfsorganisationen. Die Konferenz fordert geeignete Schutzregeln für den Schutz der Arbeitswilligen, insbesondere auch das Verbot des Streikpostenslehens, das in letzter Linie zu schweren Ausschreitungen Anlaß gibt.“

Eine ganz ähnliche Resolution hatte die Hauptversammlung des Bundes bürgerlicher Arbeitervereine, die vierzehn Tage später in Braunschweig stattfand. Man sieht, die Dresdner hat Erfolg.

Die Gelben und die Politik

Den Unternehmern genügt es übrigens noch nicht, in den Gelben eine allzeit willige Schutzausgabe bei der Durchführung arbeiterschädlicher Maßnahmen zu haben; sie wollen noch mehr für ihr Gelb. Die eingesponnenen Arbeiter sollen ganz vorbehaltlos alle Pläne und Maßnahmen der Unternehmer billigen und unterstützen. Sie sollen eine Schutztruppe der Reaktion werden, die sich immer und überall für die Interessen der Unternehmer einspannen läßt. Vor allem sollen sie politisches Stimmvieh der reaktionären Parteien werden. Das charakteristischste Zeugnis für die reaktionäre

naturen Absichten der gelben Drahtzieher ist wohl ein Brief, den der gelbe Führer Leibus im Jahre 1907 an den Führer der Augsburger gelben Werkvereine, den Prokurranten Pfeiffer, richtete und in dem es hieß:

„Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß es nicht im Interesse der gelben Arbeitervereinigung liegt, in der Deutschen Reichs so sehr hervorzuheben, daß unsre gelben Arbeiter für die nationalliberale Partei einzutreten. Sie wissen wohl, daß die meisten Berliner Industriearbeiter freistaatlich sind und daß sie keinesfalls ein Aufgehen der gelben Arbeitervereinigung in der nationalliberalen Partei gern sehen werden. Wir haben außerdem auch einen Teil konservative Arbeitgeber, die ebenfalls nicht ohne weiteres damit einverstanden sind, daß unsre Gelben sich mit der nationalliberalen Partei gleichbedeutend vertragen. Ich bitte, mich nicht miszuverstehen. Es ist selbstverständlich, daß die Augsburger Gelben für die Nationalliberalen eintreten; das müsse aber nicht von Vereins wegen geschehen, sondern müsse die Partei selbst eintragen. Auch ist es besser, so etwas nicht an die Deutschen Reichs zu bringen.“

Die Einschätzung der Gelben als politisches Stimmvieh kann gar nicht drastischer ausgedrückt werden. Daß die Werkvereinler eine eigene Meinung haben, eine selbständige politische Lebendzeugung vertreten können, kommt dem Briefschreiber gar nicht in den Sinn. Er behandelt es als glatt Goldverständlichkeit, daß die gelben Arbeiter wählen, wie die V. „...samt bestellt“. Sind die Unternehmer freilich, finden es auch die Gelben; wählen die Unternehmer konservativ, die Gelben sind ihr politischer Schatten. Die Konsequenz dieser Auffassung hat der „Nationalen Hüttenverein“, ein Werkverein auf dem Stummischen Eisenwerk zu Neunkirchen, gezogen, der seinem Statut folgende Bestimmung als Paragraph 20 eingefügt hat:

Der Vorstand (des Werkvereins) beschließt durch außerordentliche Mitglieder-Versammlung, welcher Partei die Stimmen seiner Mitglieder bei politischen oder kommunalen Wahlen übertragen werden. Sämtliche Mitglieder haben sich bem in der Versammlung gefassten Beschluß strikt zu unterwerfen.

Ebensogut könnte der Paragraph auch sagen, daß der Unternehmer anordnet, wie gewählt werden soll. In der Praxis kommt es auf eins heraus; denn die armen Schäfer werden es schon nicht wagen, anders zu beschließen, als ihre „Vorgeber“ wünschen und fordern. Nach all diesen Tatsachen tut man den gelben Werkvereinen wirklich kein Unrecht an, wenn man sie als eine Schutztruppe der wirtschaftlichen und politischen Reaktion bezeichnet.

Die Christliche Arbeiter einen klassengenossen, der sich bewußt in den Dienst der Unternehmer stellt und um Geld oder andre persönliche Vorteile seine Brüder verrät, betrüben, ist so bekannt, daß wir es hier gar nicht noch einmal zu sagen brauchen. Jedoch hat höchstens einmal ein gelbes Organ, der „Werkverein“, eine solche Tätigkeit so scharf und treffend beurteilt, daß wir dieses Urteil hier wiederholen müssen. Auf einer Broschüre, die der Christliche Gewerkschaftsführer Imbusch höchstlich gegen die Gelben geschrieben hat, war die Stellung der Gelben zum Unternehmer in einem Titelbild illustriert. Eine Anzahl von Arbeitern stehen im Halbkreis und tief gebückt um einen Unternehmer, der mit der linken Hand Münzen aussstreut, mit der rechten aber die Sklaverei schwingt. Dieses Sinnbild hat die Gelben so erzürnt, daß der „Werkverein“ erhöht schreibt:

„Wir noch ein Gesetz für Ehre hat, bestreift, daß der Herr dargestellte Vorgang das Erdemäßliche und Gemeinsame ist, was im menschlichen Leben überhaupt vorkommen kann. Ein Arbeitgeber, der das tut, was hier dargestellt wird, ist schlimmer als ein Mensch, der einen andern über den Haufen zieht. Ein Mensch, der sich, wie viele Brüder, gegen schändes Geld jeder Ehre selbst entäußert, ist das Grausigste, was unter Gottes Himmel existieren kann.“

Diesem Urteil haben wir absolut nichts hinzuzufügen.

An die Adresse der Herren Duisberg, Goldschmidt u. Co.

Ein englischer Großunternehmer der chemischen Industrie, Sir Alfred Mond, hat an seinen Professor Bruno Brentano einen Brief gerichtet, in dem sich klar die hohe soziale Wertschätzung der organisierten Arbeiterschaft durch das englische Unternehmertum ausspricht.

Der Brief lautet:

Telephone
5051 Victoria.
Telegramm,
Mondalco, Knights, London.

S. Cowndes Square,
S. E.

2. Dezember 1912.

Sehr geehrter Professor Brentano!

Mit Vergnügen erfülle ich Ihnen Ihren Wunsch; Ihnen die Auffassung der großen Mehrheit der englischen Großindustriellen über den heutigen Stand der Arbeiterschaftswelt mitzuteilen. Ich bin ein Freund von Deutschland, meine Freundschaft zwischen England und Deutschland sind mir der Meinung, daß solche Freundschaft durch nichts mehr gefordert werden kann, als durch gemeinsames Zusammenarbeiten an Problemen, welche beiden Völker gemeinsam sind. So versichere ich Sie denn und allen denen, welche diese meine Zeilen lesen werden, sowohl in meiner Eigenschaft als großindustrieller Unternehmer (in diesem Brüder Mond & Co. und and. and.) als auch als Parlamentarier und Politiker, welcher seit Jahren alle Geschäftungen des öffentlichen Lebens mit geplanter Aufrichtigkeit verfolgt:

1. daß in England kein Mensch daran besteht, die Gewerkschaften besiegen zu wollen, daß vielmehr die Arbeitgeber sich daran gewöhnt haben, mit Arbeitersorganisationen zu arbeiten. Wie von den größten Industrien, so wie die Eisenbahnen, die Stahl- und Eisen-, Baumwoll-, Textil-, Schiffbau-, Binnenschiff- und Industrie, Hafen- und Transportarbeit, Kohlen- und andre Grubenarbeit usw., haben ihre Conciliation Boards, Federationen oder Unions und arbeiten unter kollektiven Arbeitsverträgen. In solchen Industrien betreiben sich die Arbeitgeber zu der Einsicht, daß es sehr schwer wäre für sie, ohne die Arbeitersorganisationen auszukommen.

2. daß man fast allgemein gewillt ist, mit den organisierten Arbeitern gemeinsam die Arbeitsbedingungen festzustellen und bei solchen Verhandlungen die Führer der Gewerkschaften als die Vertreter der Arbeiter anzusehen.

3. daß man weit entfern ist, in den Führern der Gewerkschaften bezahlte Agitatoren und Streikheizer zu erkennen, indem diese Führer vielmehr sich als Regel durch Verantwortlichkeit gefühlt anzusehen und dementsprechend als der wichtigste Faktor in der Arbeiterschaft erachtet werden.

4. daß die Vertragsparteien keiner Partei mit der Annahme der friedlichen Friedenskampf der Gewerkschaften zugestimmt haben und eine Abwehr bei den ältesten Gewerkschaften nicht überwunden ist bei den bestätigten Arbeitgebern vorliegt.

5. daß man allgemein den kollektiven Arbeitsvertrag als die proletarische Weise ansieht, um die Lohnverhältnisse in den Industrien zu regeln; daß es den Arbeitgebern in einer gegebenen Industrie mehr darum ankommt, daß sie die gleichen Löhne bezahlen, als ob diese ein wenig höher oder niedriger sind; daß, obgleich Arbeitsstunden vorliegen, viel mehr vermieden werden und ihre Regelung auf mehr dauerndem Basis abgeschlossen werden kann.

6. daß man dementsprechend, wo aus irgendeinem Grunde ein kollektiver Arbeitsvertrag auf Grundlage der Freiwilligkeit nicht stattfinden kann, unter dem Beifall der öffentlichen Meinung darauf ausgeht, Mindestlöhne und Mindestleistungen durch Gesetzgebung und eigens geschaffene Verhölder festzusetzen zu lassen.

7. daß weder das englische Mutterland, noch die großen englischen Kolonien, in denen, sei es freiwillig, sei es gesetzlich, der kollektive Arbeitsvertrag eingeführt oder seinen Festsitzungen Rechtsgeschäftlichkeit geworfen ist, dadurch in ihrer Konkurrenzfähigkeit geschädigt worden sind.

8. Dass die Anzahl der Syndikalisten in England ganz unbedeutend ist; daß die Bewegung mehr in der Presse als unter den Arbeitern existiert; daß der ganze Gedankengang den englischen Arbeitern un sympathisch ist und gegen ihren praktischen Sinn verläuft. Der englische Arbeiter ist vor allem Geschäftsmann, der Resultate in höherem Lohn und besseren Arbeitsbedingungen sehen will und der für Theorien nichts übrig hat. Darauf sagt, sehr treffend, Herr James Ramsay Mac Donald, der Führer der Arbeiterpartei im englischen Abgeordnetenhaus:

"Syndicalism is simply playing at things; it opens the door to the worst form of reaction." (Der Syndikalismus ist im Spiel mit den Dingen, das jeder Reaktion die Türe öffnet.) Mac Donald spricht aus die Meinung der Führer der organisierten Arbeiter und der Verbände.

Ich erlaube Ihnen, von diesem Brief jeden Gebrauch in der Druckfertigkeit zu machen, der Ihnen gut erscheint.

Mit herzlichem Gruße

Ihr ergebener

Alfred Mond.

Selbstverständlich gibt es auch in Deutschland Unternehmer, die über die Gewerkschaften ähnlich urteilen wie Mond. Aber sie bilden nicht, wie in England, die große Mehrheit, sondern eine hoffnungslöse Minorität. In der chemischen Industrie Deutschiands aber hat Herr Mond unsres Wissens keinen Kollegen, der seine objektive Beurteilung der Gewerkschaften teilt. Bei uns regieren Unternehmer à la Duisberg und Goldschmidt, die in der Bekämpfung der selbständigen Arbeiterbewegung so etwas wie eine Lebensaufgabe sehen. Es wird noch harte Kämpfe kosten, bis die deutschen Unternehmer der chemischen Industrie sich zu der Auffassung ihrer englischen Kollegen durchringen.

Der Gewerbebarzt.

Die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtags hat einen Antrag zur Aufstellung eines Landesgewerbebarztes eingebracht. Aus dem sachlichen Betrach: in dem Antrag veröffentlicht die "Leipziger Volkszeitung" einige Notizen über die Erfahrungen, die andre Bundesstaaten mit der Aufstellung eines Landesgewerbebarztes gemacht haben. Da die Frage für die Mitglieder unseres Verbandes, vor allem für die in gehandelsgesetzlichen Berufen beschäftigten, von besonderem Interesse ist, geben wir die Notizen hier wieder.

Der bayerische Centralausschuss für Handel und Gewerbe teilte in dem Gewerbeaufgabentheater für 1909 (der bayerische Landesgewerbebarzt wurde Anfang 1909 angefeindet) mit:

Durch die Umsetzungen und Anregungen des Landesgewerbebarztes wird auch die Tätigkeit der sonstigen Gewerbeaufsichtsbeamten und gewerbebegünstigten Gebiete vertieft und entsprechend gehalten und ihnen bei ihren einschlägigen Anordnungen in schwierigen Fällen durch das Gutachten des Landesgewerbebarztes eine wirksame Unterstützung zuteil.

Ein Jahr später kam der bayerische Centralausschuss für Handel und Gewerbe aus der Einberufenen und Unternehmern bereits günstige Früchte gegenüber: "Eigentlich zeigt sich doch in Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerkreisen das Verhältnis für die Monopolisten und auch den Angestellten hygienischer Sicht ungünstig, waren nicht zum wenigsten die einzige Unterhaltungs- und Ausbildungssachen des königlichen Landesgewerbebarztes betreut."

Die bayerische Regierung brachte vorerst eine Anfrage des bayerischen Ministeriums des Innern dahin:

Zur Zeit Februar 1912, ist der Gewerbeinspektor ein ärztliches Bürgerselbstverständnis, das die Sorge im wissenschaftlichen Rahmen befreit; in seinem Hauptamt ist es möglichst das Arbeitsschadensrecht. Die Herausbildung einer ärztlichen Hilfsstelle für Ausübung der Gewerbeaufsicht hat sich mehr und mehr als geradezu unentbehrlich erwiesen.

Das ärztliche Bürgerselbstverständnis des Vertrags und der Bevölkerung gewährleistet Anlagen die gesetzlichen Rechte eines Gewerbeaufsichtsbeamten. Die Erweiterung freibt in der Regel von Anregung aus in Beziehung eines Gewerbeaufsichtsbeamten, doch kann das ärztliche Bürgerselbstverständnis auch für sein eigenes Unternehmen. So wie von dem Gewerbeaufsichtsbeamten innerhalb der Grenzen, so kann jetzt fortwährend Rücksichtnahme gegeben werden, in möglichster Weise mit einer Rücksicht in folgenden Fragen und Fällen erachtet deren Beurteilung ärztliche Fachkunde vorausgesetzt oder durch solche geforderd wird.

Um konkreten Fall ab wird sich das ärztliche Bürgerselbstverständnis auch bei der Arbeitsermittlung betreffen.

Und die bayerische Regierung endlich mit kurzem Schreiben vom 27. Februar 1912 mit:

Der ärztliche Bürgerselbstverständnis vermittelte seit mehreren Jahren einen Dienstleistung und für hierher genau die gleichen Funktionen wie bei anderen Gewerbeaufsichtsbeamten aus zugleich ist er als Referent für besondere gesetzlich gesetzliche Angelegenheiten bestellt.

Von diesen Vorfällen wurden gute Erfahrungen gemacht.

Als der bayerische Ausschuss für den bayerischen Landesgewerbebarzt folgende Fragen erörtert: Der Ausschuss für Gewerbeaufsichtsbeamten im Jahre 1909 der Gewerbeaufsichtsbeamten. Er ist den bayerischen Gewerbeaufsichtsbeamten beigegeben und untersteht dem Zentralausschuss des Centralausschusses für Fabrik und Gewerbe. Ein Bürgerselbstverständnis hat nur das ganz förmliche Vorschriften und auf alle Gewerbe, die der Ausübung der Gewerbeaufsicht und der Bergaufsichtsbeamten unterliegen. Zum Staatsministerium gehört der Landesgewerbebarzt als hauptverantwortlicher.

1. Wie bestimmen der Gewerbeaufsichtsbeamten sowie bei gewissen Untersuchungen welche in gesetzlich gesetzlichen Fragen,

2. eine solche Prüfung möglich

3. auf Grund letzter Erkenntnisse bei Betriebs-

besichtigungen

4. Zu diesen Zwecken hat er bestimmt die Beurteilung der gesetzlich gesetzlichen Untersuchungen (einschließlich der Gewerbeaufsicht) zu bestimmen und den Bereich des Gewerbeaufsichtsbeamten und auch die gesetzlich gesetzlichen Rechtsfragen der betrieblichen Jurisdiktions zu bestimmen. Der Gewerbeaufsichtsbeamten ist der Gewerbeaufsichtsbeamten im ersten Zentralausschuss er hat über dem zentralen Gewerbeaufsichtsbeamten zu bestimmen zu setzen: er hat die erforderlich erforderlichen Maßnahmen bei diesen einzelnen der einzelnen das Gewerbe bestimmen und das Recht der Gewerbeaufsichtsbeamten.

5. auf Grund der Angabe über Fälle gesetzlich gesetzlicher Be- günstigungen und letzterer Erfahrungen, die ihm von den Gewerbeaufsichtsbeamten, den Bergaufsichtsbeamten und Bergaufsichtsbeamten gegeben.

Der Landesgewerbebarzt soll diesen Erfahrungen sowie auch auf gesetzlich gesetzlichen Erfahrungen auf den Grund gehen und nach dem Ergebnisse Einsichten darüber abgeben, inwiefern etwa Produktionsverfahren oder Produktionsmittel gesundheitsförderlich sind. Er hat insbesondere über die Frage, ob ein etwa beanspruchtes Verfahren unbedenklich durch ein anderes ersetzt werden kann, erforderlichstens mit dem Bayerischen Gewerbe-

museum oder andern technisch nachverständigen Stellen ins Benehmen zu treten.

Der Landesgewerbebarzt hat bei seinen Dienstreisen und Betriebs-

besichtigungen mit dem örtlich zuständigen Bezirkssortir Führung zu suchen. Ihm ist gesetzlich, mit den Unternehmern und Arbeitern, den Gewerbevereinigungen der Unternehmer und Arbeiter ferner mit allen amtlichen und privaten Stellen, die mit seinem Dienstbereich in irgendwelchem Zusammenhang stehen, in Verkehr zu treten.

Die Ausübung von Privatpraxis und die Übernahme von Privat-

nebenarbeiten in dem ihm überwiesenen Wirkungsbereiche gegen Vergütung ist dem Landesgewerbebarztes untersagt. Er hat ebenso wie die übrigen Gewerbeaufsichtsbeamten, über seine amtliche Tätigkeit einen Jahresbericht zu erstatten.

Die Erfahrungen mit den Gewerbeaufsichtsbeamten lauter also durchweg

günstig. Um so unverständlich ist es, daß die meisten Bundesstaaten

sich noch immer gegen die Anstellung solcher Aerzte sträuben. In Sachen

scheint durch den Vorstoß der Sozialdemokratie das Eis gebrochen zu

sein, denn der Antrag wurde der Regierung zur Rücksichtigung überwiesen. Wie sieht es aber mit Brüchen?

Streiks und Gewerbebewegungen.

Ausstellung der Hilfsarbeiter der Vereinigten Westerwälder Oefenfabriken in Westerwald (Mark).

Im Juli dieses Jahres sahen sich die Hilfsarbeiter der Oefenfabriken Westerwald, ihren Tarif, der zum 1. Oktober 1912 abließ, zu ändern. Für die Verarbeitung eines neuen Tarifs hatten die Arbeiter einen neuen Entwurf, der einige Verbesserungen vorschlägt. Vorgesehen war vor allem eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden täglich, Erhöhung des Stundenlohns um 5 Pf. innerhalb zweier Jahre, Festlegung der Alttarifarbeit für jeden Betrieb sowie zweijähriger Tarifvertrag. Obwohl diese Forderungen bei den jetzigen Verhältnissen als äußerst minimal zu bezeichnen waren, lehnten die Arbeitgeber dieselben ab. Ein Gegentarif, den die Fabrikanten den Arbeitnehmern übermittelten, sah einen dreijährigen Tarifvertrag vor: Lohnerhöhung im ersten Jahre um 1 Pf. im zweiten Jahr 2 Pf., insgesamt innerhalb dreier Jahre 4 Pf. pro St. Lohnerhöhung für die Lohnarbeiter erfolgen, außerdem die jährliche Festlegung der Alttarifarbe, aber keine Arbeitszeitverkürzung. Da eine Einstellung auf Grund des Stundenlohns mit den Arbeitgebern nicht zu erreichen war, trotzdem die Arbeitnehmer mit ihren Forderungen so weit zurückgegangen waren, daß sie alle andern Forderungen fallen ließen und nur verlangten, daß im ersten Jahr 1 Pf. im zweiten Jahr 1 Pf. und im dritten Jahr 2 Pf. pro Stunde mehr gegeben werden sollten, drohten die Herren bei Nichtannahme ihrer Forderungen mit der Stilllegung ihrer Betriebe. Diese erfolgte auch bei einigen Fabrikanten, während die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen waren. Infolgedessen sahen sich die Hilfsarbeiter veranlaßt, den Kampf nunmehr aufzunehmen. Wir ersuchen deshalb, Zugang von Hilfsarbeitern nach Westerwald streng zu erhalten.

Gesamt	Bahlstellen	Mitglieder		
		männlich	weiblich	zusammen
1	3	77	3	80
2	3	412	14	426
3	9	596	38	634
4	7	588	4	592
5	5	65	—	65
6	11	897	163	1060
7	20	3247	596	3843
8	9	624	12	636
9	5	689	262	951
10	5	770	154	924
11	8	824	8	832
12	7	442	19	461
13	6	96	17	113
14	9	439	19	458
15	12	1087	53	1140
Gesamt	119	10348	1362	11710

Vom 10. Dezember an gingen bei der Hauptstelle folgende Beiträge ein:

Dessau 2500.— Darmstadt 700.— Barth 500.— Klippensteig 300.— Weimar 200.— Lübeck 1,25. Berlin 5000.— Leipzig 2800.— Ludwigshafen 2000.— Striegau 700.— Wittberg (Bez. Halle) 450.— Freiburg i. Br. 280.— Stuttgart 1000.— Oranienburg 300.— Hünfeld 300.— Halle a. d. S. 1000.— Bromberg 400.— Waldheim 250.— Bremen 11.—

An Versicherungsbeiträgen gingen ein:
Trier 1,35. Pforzheim 5,50.
Schluß: Montag, 16. Dezember, mittags 12 Uhr.
Fr. Bruns, Kassierer.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen erhält die Bahlstelle Schwetzingen, 5 Pf. pro Woche und Mitglied.

Verlorene und für ungültig erklärt Bücher und Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
490101	Herrn. Karl Behrendt	10. 11. 74	7. 8. 11	Elbing
380024	Joseph Biwia	26. 11. 84	8. 10. 10	Delmenhorst
354664	Rudolf Behnke	14. 11. 74	15. 11. 08	Ulm a. d. D.
246357	Adolf Grunpe	6. 12. 70	17. 3. 07	Barby
391130	Heinrich Müller	7. 8. 63	1. 2. 02	Magdeburg
342909	Hermann Ivers	26. 4. 92	19. 9. 08	Barby
440024	Karl Schwarz	31. 8. 87	2. 10. 10	Heideck
288819	Franz Venhardt	19. 1. 89	4. 11. 07	Walterhausen
278550	Wilhelm Hertig	2. 1. 77	5. 10. 07	Osterode a. W.
468002	Johann Pfeiffer	3. 10. 78	30. 1. 11	Höchstädt
360449	Max Kühlisch	7. 3. 76	8. 3. 10	Küppersteg
410186	Wilhelm Scheel	12. 11. 56	14. 10. 00	Schmarau
507572	Otto Schau	28. 7. 96	24. 8. 11	Saalfeld
Parteivorsteher				
226911	Franz Tommerd	4. 3. 94	5. 12. 11	Magdeburg
2-8086	Friedrich Auer	11. 9. 96	30. 11. 11	Singen
292690	Johann Huba	18. 3. 65	25. 8. 12	Wittenberg
287349	Jakob Weintraub	12. 10. 89	20. 10. 12	Stuttgart
325998	Berta Stephan	31. 8. 93	8. 11. 12	Hamburg
290761	Johann Scheiblid	28. 10. 66	19. 8. 12	Hamburg
262743	Erich Wannenmacher	14. 4. 85	21. 6. 12	Berlin
218063	Heinrich Schäfer	1. 7. 52	26. 11. 11	Lübeck
215071	Katharina Möller	16. 8. 48	19. 12. 11	Lübeck

Neue Adressen und Adressen-Aenderungen.</

Beilage zum Proletarier

Hannover, 21. Dezember 1912

Nummer 51

21. Jahrgang

Chemische Industrie

Das neue Kampfmittel der Scharfmacher in der chemischen Industrie.

I.

Wir haben uns in der vorangegangenen Nummer des "Proletarier" mit den im Jahre 1911 erzielten Dividenden der chemischen Industrie beschäftigt und dabei konstatiert, daß das Jahresergebnis den Aktionären keinen Anlaß zur Unzufriedenheit bot, weil die Durchschnittsdividende stabil geblieben ist. Die Aktionäre denken allerdings anders. Sie verlangen mehr Dividende und lassen deshalb alle Minen springen, um ihre Direktoren zur größten Arbeiter- und Beamtenausbeutung anzuregen. Natürlich bildet sich bei diesen Versuchen ein Widerstand der Ausgebütteten heraus, der immer schärfere Zusprünge erfahren muß, je länger und drückender die Ausbeutung fortgesetzt wird. In früheren Jahren löste das von Zeit zu Zeit Exzesse aus, die unter dem Ausdruck "wilde Streiks" bekannt geworden sind. In den letzten Jahren kam aber, wenn auch reichlich spät, für die Arbeiter der chemischen Industrie die Zeit, wo sie sich in Massen für Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen rührten, den Wert einer modernen Organisation lernen lernten. Die Erfolge blieben nicht aus. In vielen Betrieben wurden Forderungen auf Lohn erhöhungen eingereicht und durch Eingreifen der Organisation in den meisten Fällen durch Verhandlungen friedlich erledigt. Nicht immer ging es glatt; die Vereinigung der Unternehmer, Lohnforderungen auf dem Verhandlungswege von Organisation zu Organisation zu erledigen, verhinderte in manchen Fällen die friedliche Lösung der Konflikte, so daß der Streik als letzte Waffe in Anwendung kommen mußte, die dann auch in vielen Fällen, allerdings nicht immer, Erfolg brachte.

Das Bestreben der chemischen Großindustriellen geht nun dahin, diesen Einfluß der Organisation zu brechen. So kam es, daß sie auf ihrer letzten Generalversammlung sich mit den "Werksvereinen", die zurzeit bei den Unternehmern als das beste Gegenstück gegen die Gewerkschaften gelten, ausführlich beschäftigten. Referent über diesen Punkt war der unsern Lesern genugsam bekannte Kommerzienrat Goldschmidt aus Essen. Seine Ausführungen zeichnen sich zwar nicht durch besondere Klarheit aus, trotzdem müssen wir hier etwas näher darauf eingehen.

Eingangs seiner Ausführungen kennzeichnet Goldschmidt die industrielle Entwicklung Deutschlands. Die umwälzende Technik stellte "die große Masse unsres Bürgertums" vor schwierige Aufgaben. Paßten sich die Gewerbetreibenden, Handwerker und Kaufleute den Verhältnissen nicht an, so "gingen sie wirtschaftlich zugrunde und ließen in Gefahr, selbst und mit ihren Kindern in das Heer der großstädtischen Fabrikarbeiter herabzusinken. So mußten sie denn in eine neue Technik sich einarbeiten, neue Maschinen auf ihre Wirksamkeit studieren, gar selbst solche erfinden, mußten die Zahl ihrer Gesellen vermehren, verdoppeln, verzehnfachen, vervielfachen. . . . So ward, oft in wenigen Jahrzehnten, aus dem Handwerker ein Industrieller, aus dem Krammer ein Großkaufmann."

Die Vergroßerung der Betriebe entfremdet Unternehmer und Arbeiter, die persönlichen Beziehungen verschwanden. Als Erfolg dafür errichteten die Unternehmer nach Goldschmidt Wohlfahrtseinrichtungen, die aber trotzdem keinen vollwertigen Erfolg für die verloren gegangenen Beziehungen und das daraus entstehende Vertrauen bilden. Das ist zwar sehr schmerzlich, aber daran ist nun nichts zu ändern. Wir waren und sind auch heute noch der Auffassung, daß die Wohlfahrtseinrichtungen nicht errichtet wurden, als Erfolg für die verloren gegangenen Beziehungen, sondern daß sie als Beschäftigungsmitte für etwaige Lohnforderungen Anwendung finden sollen. Allerdings haben sie in den meisten Fällen ihren Zweck nicht erfüllt.

Nun deduziert Goldschmidt weiter, daß infolge Verlustes der persönlichen Beziehungen sich ein Schwarm "eloquenter Streiter" und "gewerbsmäßiger Prädikanten" auf die Arbeiterschaft stürzen, um sie, besonders nach Vorfall des Sozialistengesetzes, in politisch radikalem Sinne zu organisierten. Es begann eine "Heze gegen die Arbeitgeber", die als die natürlichen Feinde der Arbeiter hingestellt wurden. Es wurde "gehext" gegen Kaiser und Reich, Staat und Kirche, Verwaltung und Rechtspredigung, Besitz und Bildung, Vaterland und Vaterlandstreunde". Wir sind es ja von Unternehmern nachgerade gewöhnt worden, daß unsre Kritik an staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen als Heze hingestellt wird, so daß uns die Goldschmidtschen Ausführungen höchstens ein Lächeln abnötigen. Damit aber auch unsre Kollegen im Lande sich an der Entstaltung des Herrn Goldschmidt erfreuen können, wollen wir noch einige Sätze zitieren: "Es wurde den Massen vorgeredet, daß Sparsamkeit und Arbeitsamkeit sie doch niemals in bessere Verhältnisse bringen, ein Aufsteigen in höhere Gesellschaftsklassen für sie, die Entertaten, doch stets unmöglich sein würde, daß vielmehr nur eine gänzliche Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die Einführung eines allgemeinen Besitzes an Stelle des persönlichen ihre soziale Lage, und zwar mit einem Schlag, ändern könne."

Wir gestehen, bis auf die Worte „und zwar mit einem Schlag“, den leichten Satz gebraucht zu haben, und wir werden ihn auch noch in Zukunft gebrauchen müssen. Wenn man durch Sparfamilie zu Besitz kommen will, dann muß für die Arbeitsamkeit, der es die Arbeiter nicht fehlen lassen, ein Lohn bezahlt werden, der nach Bestiedigung der notwendigen persönlichen und familiären Bedürfnisse ausreicht, eine Summe zurücklegen zu können, die auch ausreicht, dem Arbeiter nebst seiner Familie einen sorgenlosen Lebensabend zu ermöglichen. Die paar abgehängerten, eigentlich mehr abgepreßten Spargroschen der Zwangsparkassen einiger Betriebe reichen selbst nach 100jähriger Sparfähigkeit dazu nicht aus.

Goldschmidt berichtet dann, daß die „aufgeheizten Massen“ in möglichen Verbänden organisiert wurden. Die weiten Maschen des Gesetzes wurden aufs grösstmögliche mißbraucht, „um widerwillige Arbeitslosen in ihre Reihen zu bringen“. Also Terrorismus! Kenner der Arbeiterbewegung wissen, daß in dem § 153 der Gewerbe-Ordnung ein Galgen errichtet ist, an dem Terroristen dieser

Art gehängt werden. Allerdings ist dieser Paragraph in der Regel nur für Arbeiter angewandt worden. Hätten wir in Deutschland kein Klasserecht, so wäre auch schon mancher Großindustrielle wegen Terrorismus auf Grund obigen Paragraphen bestraft worden. Herr Goldschmidt, man soll nicht mit Steinen werfen, wenn man selbst im Glashause sitzt!

Zum größten Leidwesen Goldschmidts fielen die Lehren dieser Agitatoren auf günstigen Boden. Die Arbeiter wurden zu Lohnforderungen veranlaßt, die angesichts der Wirtschaftslage des betreffenden Industriezweiges nicht durchführbar waren.“ Bei 15 Prozent Durchschnittsdividenden der chemischen Industrie ist das eine klüne Behauptung. „Die Folge der sich häufenden Streiks und Aussperrungen war, daß Arbeiter, selbst mit guten Verdiensten, besonders in der Metallindustrie, nicht imstande waren, etwas zu erbringen, weil Streiks und Aussperrungen sie hinderten, ihrem Verdienst nachzugehen.“

Diese Logik kann sich allerdings nicht jeder zu eigen machen. Wenn organisierte Arbeiter zum Streik greifen, so tun sie das keineswegs aus Übermut, sondern aus dringender Notwendigkeit. Dabei kann doch nur die Schlüffolgerung zutreffen, daß die Löhne nicht ausreichend waren, um leben, geschweige denn sparen zu können. Wenn deswegen dann Tausende von Arbeitern ausgesperrt werden, so liegt diese Maßnahme doch einzig und allein bei den Unternehmen. Sie sind es, die die unbeteiligten Arbeiter hindern, ihrem Verdienst nachzugehen. Im nächsten Artikel wollen wir das Goldschmidtsche Referat weiter verfolgen. B.

Moderne Gewerbehygiene.

Über moderne Gewerbehygiene sprach kürzlich Dr. Franke, der Leiter des „Instituts für Gewerbehygiene“ in Frankfurt a. M. in einer Versammlung des Bundes der technisch-industriellen Beamten. Nach einem Bericht der „Frankfurter Volksstimme“ waren seine Ausführungen nach verschiedenen Seiten hin interessant. Franke führt folgendes aus: In der griechischen Literatur, dann im Mittelalter finden sich vereinzelte Berichte über Bleivergiftungen. Mit der Entstehung und Entwicklung der Großindustrie treten solche häufiger auf. Die Hüttenbetriebe von Annaberg und Goslar verzeichneten um 1800 bis 1700 Bleistranke, was durch ausführliche Berichte von zwei Arzten bewiesen wird. Anfang des 19. Jahrhunderts bringt ein französischer Arzt schon 1217 Fälle von Bleistrankheiten.

Gewerbeerkrankungen und Unfallhäufigkeit hängen eng zusammen mit allzu langer Arbeitszeit, schlechten Arbeitsräumen und mit dem zur Verarbeitung gelangenden Arbeitsmaterial. Vor 100 Jahren war noch eine 14- bis 18stündige Arbeitszeit üblich, sogar vierjährige Kinder wurden zur Arbeit verwandt. Daß die Tauglichkeit der Krebsen in der industriellen Rheinprovinz erheblich abnahm, gab Preußen im Jahre 1839 Anlaß, ein Regulativ zum Schutz der Fabrikarbeiter herauszugeben. War damals Preußen aus militärischen Gründen genötigt in puncto Arbeiterschutz in der Welt voran zu marschieren, so trifft das heute nicht mehr zu. (Es traf auch 1839 nicht zu.) Als Preußen sein Regulativ erließ, das, nebenbei bemerkt, nur ganz winzige Reformen enthielt, hatte England schon ein halbes Dutzend ähnliche Gelege erlassen. Im Jahre 1833 schon kam der sog. Poor-Almshouse-Law zugunsten der nicht nur Schutz der Kinder und Jugendlichen, sondern auch die Einführung der Fabrikinspektionen brachte. Auch die Schweiz sollte schon im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts Kinderschutzgesetze und Oesterreich sogar schon am Ende des 18. Jahrhunderts. Preußen war also damals so wenig „in der Welt voran“ wie heute. Die Red. des „Proletarier“! Neutralität hat den Arbeiterschutz jüngst in weitestgehendem Maße gezielt geregelt.

Drei Arten von Krankheitserregern kommen bei Gewerbeerkrankungen in Betracht: Parasiten, Staub und Gift. Durch Parasiten werden verursacht: Milzbrand, Syphilis, Wurmfrankose, Boden, Lungentuberkulose usw. Verbreiter sind gewöhnliche Schädigungen durch Staub, der beim Bearbeiten, Packen und Transportieren von Materialien entsteht. Dem Staub kommen mechanische und chemische Wirkungen zu. Exakte Messungen über eingearbeiteten Staub sind kaum möglich, doch sind die jährlich eingearbeiteten Staubmengen in manchen Berufen ganz beträchtlich. Große Staubmengen fortwährend eingearbeitet, machen die Lungen — besonders wenn noch schlechte Körperhaltung dazu kommt — empfänglich für Lungentuberkulose. Die Elektriker sind sich noch nicht einig, ob Elektrologe eine Gewerbe- oder eine Wohnumgangs-krankheit ist, vermutlich kommen beide Ursachen in Betracht. Die Zahl der Lungenerkrankungen und Krankheiten der Respirationsorgane beträgt in kaufsfreien Betrieben durchschnittlich 2, in kaufenden Betrieben 5,4 Prozent. Von Steinmetzen haben 24,9 Prozent der Beschäftigten Erkrankungen der Atemorgane, 89 Prozent sterben an Lungentuberkulose. Die nächsthöheren Staubbelasteten weisen Blei- und Cadmiumarbeiter auf. Je nach der Art des Staubes, der sich in der Röhre festsetzt, reden die Arzte von Kohlenlunge, Eisenoxydlunge, Kiesel-, Cadmium-, Urticaria-lunge usw., die einzelne spezielle Berufe als Charakteristikum aufweisen.

Durch zweckmäßige Abhangvorrichtungen muß die Entfernung des schädlichen Staubes vorgenommen werden. Dabei ist zu beachten, daß nicht nur im Interesse der Gesunderhaltung der Arbeiter, sondern auch zur Wiedergewinnung wertvoller Staubarten eine gute Abhangungs-Anlage sich bezahlt macht.

Der Referent verbreitert sich noch über die Symptome der Gewerbeerkrankungen, die durch Phosphor, Chrom und Blei verursacht werden. Fünfzig Jahre langen und zähnen Lampen habe es bedurft, bis das Verbot der Verwendung von weißem und gelbem Phosphor bei der Zündholzfabrication in Kraft trat, bis das Prostifinteresse dem Arbeiterschutz weichen mußte.

Die durch Einwirkung von Chromatstaub und Dämpfen verursachten Geschwüre an den Händen und Unterarmen sowie die Verzerrung der Nasenschleimhaut seien verhältnismäßig harmlose Erkrankungen. Blei und seine Verbindungen rufen Vergiftungen mit schweren Folgeschwüren wie Bleitotit, Schrumpftiere, Löcherungen der Gelenktäler und bei Frauen außerdem noch Störungen der Sexualität, zum Beispiel Früh- und Fehlgebürtigen hervor. Zugleich hält Franke die Bleigeläden in Deutschland für nicht so groß. Er meint, es sei ihm nicht mal mit Hilfe des sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverbandes gelungen, für „Demonstrationszwecke“ einen Arbeiter mit schwerer Bleierkrankung aufzufinden und „der Fabrikarbeiterverband hätte es, Sie dürfen mir's glauben, gern getan“. Dr. Franke würde sich nämlich an die Frankfurter Zahnstellenleitung, Ruhm ist im Frankfurter Stadt- und Landbezirk keine Bleierzähle, so daß bleitrukte Fabrikarbeiter jetzt kein müssen. Zugleich hat unter Zahnstellenleitung durch Vermittlung der Verbände der Maler und der Bildhauer jenseitig zwei mit Blei vergiftete Arbeiter zu Demonstrationszwecken bestellt, die in dem gewerbehygienischen Fortbildungskursus in diesem Jahre auch vor gestellt wurden. Zebensfalls weiter um diese Fortbildungsschule steht es recht eigenartig an. Er wirkt aber schon in den nächstliegenden Worten seine Behauptungen über den Haufen. Es heißt da im Bericht: „Nach diesem kleinen Seitenhieb war es mir so erstaunlicher, daß der Vortragende auch das Verhalten einzelner Häuser gezeigt, deren Arzte keine Bleiterkrankungen finden dürfen und die t. i. den leichteren Bleierkrankungen die Diagnose in mehr als 50% falsch und Darmkrankheit stellen. Dieses Verfahren hat durch einen Kliniker Professor etwas Abbruch erlitten, der an Hand der Annahmen der Krankenhäuser in den Bleierkrankten eine drei- bis viermal höhere Bleierkrankungsziffer als die offiziell angegebene feststellte. Bis jetzt hätten die Bleierkrankten öffentlich diese Zahlen angegriffen, im gefesteten Defizit mehr darüber geschimpft.“

Wenn die Bleierkrankten heimlich vorüber schimpfen und öffentlich die Zahlen angegriffen, so heißt das am gut Deutlich: Der Kliniker Professor hat recht, aber wissen soll die Löffelmäßigkeit nicht, daß er recht hat; deshalb kämpft gegen ihn bis auf's Messer. „Weiter würden die Bleierkrankungsziffern deswegen herabgesetzt, weil viele Arbeiter Gelegenheitsarbeiter sind, die nach relativ kurzer Arbeitszeit wieder die Werke verlassen und deshalb mit den leichteren Erkrankungsformen davonkommen. Auch von der Statistik werden diese Leute nicht erfaßt.“ Na also! Man ein bisschen offen heraus mit der Sprache, wenn's auch schwer fällt!

Im nächsten Augenblick hütet der Referent dann wieder nach rechts. Er meinte, in Arbeiterschutzfragen müsse man den Standpunkt der Wehrhaftigkeit verlassen und auf die Industrie die weitestgehende Rücksicht nehmen. Uns wundert diese Schlüffolgerung nicht besonders. Wir haben das Institut für Gewerbehygiene dos mit erheblichen Mitteln der Unternehmer der chemischen Industrie gegründet ist und von ihnen weiter subventioniert wird, immer als ein im Dienst des Unternehmens stehendes Institut betrachtet. Das bleibt es auch, trotz seines sozialen und gewerbehygienischen Außenantritts, solange die Mittel auf diese Art und Weise ausgebracht werden. Die Notwendigkeit eines solchen Instituts besteht wir nicht, aber unabhängiger muß es dastehen.

Franken spricht in vielleicht ungewollter Weise den kapitalistischen Pfeilfuß ein wenig gezeigt hatte, stellt e am Schlusse seiner Ausführungen These auf, denen auch wir folgen. Sie lauten:

1. Rüchtiger Arbeiterschutz ist der mit Nutzen für die Industrie verbundene.
2. Arbeiterschutz darf nicht in der Richtung des Ausschlusses von Wohlfahrtsseinrichtungen liegen, sondern in der Betriebshygiene, für die auch mehr wie bisher die Ausbildung des Technikers zugeschnitten werden muß.

Die weitestgehende Rücksicht auf die Industrie besteht nun darin, daß man befürchtet, die Ertragsfähigkeit nicht zu beeinträchtigen. Von diesem Gesichtspunkt kann und soll man sich, wenn Arbeiterschutz in Frage kommt, nicht leiten lassen sondern unbedingt um eine etwaige Schädigung des Kleingebiets die Schutzmaßnahmen durchzuführen. Nach den Theorien Franxes bringt richtiger Arbeiterschutz immer Nutzen für die Industrie, so daß letzter folglich immer größer wird, je besser die hygienischen Einrichtungen getroffen sind. Man vergleiche mit dieser Neuerung die Klagen der Unternehmer über zu hohe Belastungen durch Schutzberechtigungen und auch die Klagen der Gewerbeinspektoren, die öfters berichten, daß diese und jene Schutzmaßnahmen wegen der Verstärkung der Unrentabilität des Betriebes nicht durchgeführt werden können, und man wird finden, daß so manche Unternehmerlage übertrieben ist.

Dem Urteil Franxes über das Beginnen der Arbeit der Unternehmer, den Arbeiterschutz durch Wohlfahrtsseinrichtungen zu fördern, haben wir nichts hinzuzufügen. Würden diese Summen für Betriebshygiene verwandt, so würde es um die Gesundheit vieler Arbeiter besser stehen.

Die misshandelte Schutztruppe.

Die christlichen Gewerkschaften, die den Unternehmern als Schutztruppe dienen und mit ihnen unter strenger Ablehnung des Klassenkampfes in Frieden und Christlicher Eintracht leben möchten, bekommen dafür zu reicher Zeit ihre staatsverhältnisse zu Fußtritte. Bei dem Karibid-Werke Freyung im Bayerischen Wald sind sämtliche Arbeiter in den Streit getreten. Die Leute sind, mit ganz wenigen Ausnahmen, christlich organisiert. Nicht ein einziger Sozialdemokrat ist dabei. Über die Ursachen der Lohnunterstützung unterrichtet nun folgendes Interview in der „Donau-Zeitung“ (Nr. 606 vom 8. Dez.) des Herrn Dr. Bichler:

„Zur Auflärung über den Streit im Karibid-Werk Freyung i. B. Wald. Unter zu. November haben sämtliche Arbeiter des Werkes die Arbeit niedergelegt. Grund hierfür war, daß die Fabrikdirektion bei einer die Gewerkschaft untergrabenden Arbeit sich weigerte, mehr als 2 Mt. und 2,20 Mt. pro Tag zu bezahlen. Die Behandlung war eine außerordentlich schlechte. Die Vorgesetzten waren bestrebt, mit aller Stärke und Nachdruckslosigkeit gegen die Arbeiter vorzugehen. Ein Beweis hierfür ist aus einem Briefe, den der freiwillig aus dem Betriebe ausgeschiedene Werkmeister, Herr Jakob, an die Arbeiter des Karibid-Werkes richtete, zu erkennen. In dem Schreiben heißt es:

„Ich bin Mensch zu Menschen gewesen, aber das hat man mir eben zur Last gelegt. Es wurde von Seiten der Betriebsleitung eine direkt ungerechte Behandlung der Arbeiter verlangt, wie sie jetzt auch wahrscheinlich bestätigt wird.“

Diese Zeilen sprechen Bände, rechtfertigen aber das Verhalten der Arbeiter. Es ergibt an die Arbeiterschaft die Bitte, in diesem Betriebe keine Arbeit anzunehmen.

Das Komitee der streikenden Arbeiter

J. L. Wettemann.“

Die christlichen Arbeiter haben recht: diese Zeilen sprechen Bände. Nicht minder bezeichnend wirkte es aber auch, daß diese Auflärung im Interessenkreis des Bozauer Centralblätters veröffentlicht werden möchte. Im redaktionellen Teil haben die Centralblätter aufmerksam für ihre christliche Gesellschaft, soweit sie sich aus Arbeitern rekrutiert, keinen Platz.

Dr. Goldschmidt erweitert seine Goldschmiede.

Zwischen den Altengesellschaften „Dr. Goldschmidt“ in Essen und „Chemische Fabriken Gernheim-Henbrück“ ist eine Verschmelzung stande gekommen. Die Gernheim-Henbrück-Gesellschaft betont für ihr Aktienkapital von 1 Million Mark 800 000 Mt. Aktien der Goldschmidt-Gesellschaft. Die Gernheim-Henbrück-Gesellschaft hat vor Kurzem das Rheinauer Werk der chemischen Fabrik „Rhenania“ im Wert von 3 Millionen Mark erworben und eine Modernisierung derselben durch Um- und Neubau berücksichtigt. Die Errichtung dieser Ausgaben hätte ohne Erhöhung des Aktienkapitals nicht gut durchgeführt werden können. Nachdem die Fusion mit der Goldschmidt-Gesellschaft stattgefunden hat, werden die Schwierigkeiten des Planes im Kredite der Goldschmidt-Gesellschaft leichter behoben werden. Letztere erhöht ihr Kapital deshalb um mehrere Millionen Mark.

Dieser Vereinigungsplan hat seine tiefer liegenden Gründe. Der Kommerzienrat Goldschmidt ist Großaktionär und Aufsichtsrats-Vorsitzender der Gernheim-Henbrück-Gesellschaft, Mitglied des Aufsichtsrats ist anderer Dr. Hans Goldschmidt. Wenn zwei Goldschmidts in so einflussreicher Position der Gesellschaft Gernheim-Henbrück sitzen, so wissen beide über das Finanzgeheimen gut Bescheid. Weshalb sollten sie zu ihrer bisherigen nicht eine neue Goldschmiede, die 1911 8 Prozent und 1912 voraussichtlich 10 Prozent Dividende bringt, übernehmen?

X. Schwerer Unfall in der Badischen Amilin- und Soda-fabrik in Ludwigshafen.

Am Freitag, dem 13. Dezember, mittags gegen 2 Uhr, erfolgte im Trockenraum des Rapholtholzbetriebes eine Explosion, bei welcher zwei Arbeiter stark verbrannten, wovon einer noch am selben Abend seinen Verlegungen erlegen ist. Im Trockenraum wird das Rapholz in Rammen getrocknet. Durch eine Tür ist der Trockenraum mit der Rapholzmühle verbunden. Die beiden verbrannten Arbeiter hatten gerade den Trockenraum verlassen und standen in der Mühle an einer größeren Mengen trockenem Rapholz, das in Blechbüchsen gefüllt war, als ein Feuerstrahl aus dem Explosionsherd durch die Tür schlug und auch die trockene Farbe in der Mühle zur Explosion brachte. Die Kleider der Arbeiter waren mit Rapholzstaub durchsetzt, ließen also ebenfalls Explosionsstoff. Direkt nach der Explosion hinauslaufende Personen fanden einen Arbeiter in der Mühle liegend, jeder Kleidung beraubt, die Haut am ganzen Körper zerfetzt, während der andre in demselben Zustand sich am Boden wälzte. Der eine Arbeiter namens Hugel war Dummkopf und verstarb noch abends, der andre, namens Richter, ein junger 21jähriger Kollege, etwas Abbruch erlitten, der an Hand der Annahmen der Krankenhäuser in den Bleierkrankten eine drei- bis viermal höhere Bleierkrankungsziffer als die offiziell angegebene feststellte. Bis jetzt hätten die Bleierkrankten öffentlich diese Zahlen angegriffen, im gefesteten Defizit mehr darüber geschimpft.“

So hat die Chemische Industrie in Ludwigshafen wieder einmal Blutopfer gefordert. Ging der Profit der Aktionäre nicht über das Wohlergehen der Arbeiter, so hätte vielleicht ein einfacher Kurs die Gefahren bei der Produktion gefährlicher Stoffe auf ein Minimum herabgezogen. Aber der Vorhergegangen bestätigt sich nach einer anderen Richtung. Genauso zeigt der Liebe traurt eine Witwe mit ihren Kindern um den verunglückten

Gatten und Vater; eine andre Familie, fernab vom Schauspiel des Unglücks, in Berlin, verzehrte sich vielleicht in Tränen um das Wohl ihres Kindes und Bruders. Aber die Arbeiter haben kein Risiko zu tragen, auch wenn sie ihren Leib zum Opfer bringen müssen. Nur die Mütter tragen ein Risiko. Sie könnten ja einen Bruchteil ihres Kapitals eingebüßen. Um für diese schreckliche Möglichkeit entzädigt zu werden, müssen sie eine riesige Rissoprämie in Form einer Prozentigen Dividende haben.

X Unfälle in Leverkusen.

Durch Explosion entstand am 13. Dezember im Betriebe der Süderfahrt Rüppelriegel ein Brand, der in den aus Holz hergestellten Arbeitsräumen reiche Nahrung sand. Ein Arbeiter und zwei Arbeitnehmer hingen durch die Explosion im Gesicht Verletzungen unerheblicher Art erlitten.

Ein Unglück, das bei nahe drei Menschenleben forderte, gesetz am 12. Dezember in der Abteilung Schweißfärne der Farbwerke Leverkusen. Der Schweißfärne wird durch einen Silo gelassen. Dieser war nun verstopft, so daß nur kleine Mengen nachströmten. Darauf wurden drei Männer in den Silo geschickt, um sich die stauende Masse zu lösen. Plötzlich rutschten die Massen nach und begruben einen Arbeiter im Silo selbst, während die andern beiden durch die nachdringenden Massen zur Öffnung herausgeworfen wurden. Der eine Arbeiter hat anscheinend schwere innere Verletzungen erlitten.

Keramische Industrie

Die Lage am Zementmarkt.

Der Baumarkt steht andauernd im Zeichen der Stagnation. Mit Ausnahme einiger der großen Städte wird verhältnismäßig wenig gebaut. Der hauptsächlich wirkende Hemmungsfaktor ist der hohe Preis für Leihgold. Der Zinsatz für Hypotheken zur zweiten Stelle ist in kurzer Zeit um zirka 2 Prozent gestiegen. Oft werden die Hypotheken von den Gläubigern gefündigt nur zu dem Zwecke, um von dem Schuldner eine neue "Vermittlungsgebühr" zu erzielen. Baugelder kosten Jahr oft 7 bis 10 Prozent.

Die so herausgewachsenen Verhältnisse verteuern das Bauen, natürlich auch die Preise in ganz außerordentlicher Weise. Kein Wunder daher, daß der Baumarkt aus dem Stadium der Ruhe nicht hinaus kommen kann. Die schlechte Verfassung des Baumarktes wirkt naturgemäß in derselben Richtung auf die Zementindustrie. Gerade sie ist in erheblichem Umfang von der Konjunktur im Bauwesen abhängig. Trotzdem sind die Produktions- und Absatzverhältnisse der Zementindustrie verhältnismäßig günstig. Das spricht auch der Geschäftsbericht der Lothringer Portland-Zementwerke im Esch offen aus. Als ein Symptom stellen wir das voraus. Der Bericht bemerkt: "Während der letzten Monate habe sich im Gebiete der süddeutschen Zementverkaufsstelle eine erhebliche Abschwächung fühlbar gemacht, deren Ursache zum Teil in dem Auftreten neuer leistungsfähiger Werke, dann aber auch in der Ungenüng der Witterung und in dem Vande der Liegenschaften der privaten Betriebstätigkeit — im Zusammenhang mit der außerordentlich erschwert Hypothekenbeschaffung — zu suchen sei dürfte. Trotzdem wurde an sich das Gesamtergebnis des laufenden Jahres voraussichtlich die Ausschüttung einer gegen das Vorjahr etwas erhöhten Dividende gestattet. Die Verwaltung glaubte aber, mit Rücksicht auf die allgemeine Geschäftslage und die Unsicherheit der Verhältnisse auf dem Zementmarkt infolge der zu erwartenden Auflösung des rheinisch-westfälischen Syndikats wiederum nur die Ausschüttung von 8 Prozent, wie für 1911, in Aussicht nehmen zu sollen." — Der Grund, weshalb man besonders vorsichtig war, ist mittlerweile hinfällig geworden. Nach langen Auseinandersetzungen ist endlich die weitere Existenz des rheinisch-westfälischen Zement-Syndikats vorläufig bis Ende 1913 gesichert. Damit bleiben auch die mit einer Reihe anderer Verbände getroffenen Vereinbarungen über Preise usw. in Wirklichkeit. Das bedeutet eine erhebliche Abschwächung der Preiskämpfe. Den Verlust eröffnet daher die Verstärkung die Aussicht auf Steigerung der Erträge. Gleichzeitig ist daher, daß die Aktien-Kurse nun wieder ansteigen.

Sehr glänzend gestalteten sich die Verhältnisse auf dem Auslandsmarkt. Die Ausfuhr ist außerordentlich gestiegen. Der Export von Zement erreichte in den ersten 10 Monaten 1912 8 681 053 Doppelzentner gegen nur 6 889 774 Doppelzentner in derselben Zeit des Vorjahrs und 6 056 907 Doppelzentner in der gleichen Periode 1910. Im Monat Oktober dieses Jahres kamen 1 098 260 Doppelzentner in das Ausland gebracht werden; das sind 228 376 Doppelzentner mehr, als im Vorjahr. Die Steigerung macht 32 Prozent aus. Anderseits ist die Einfuhr von sehr wenig gestiegen und bleibt auch absolut sehr weit hinter der Ausfuhr zurück. Im Jahre 1911 wurden in den ersten 10 Monaten 2 185 153 Doppelzentner eingeführt, im laufenden Jahre nur etwas mehr, nämlich 2 301 217 Doppelzentner. Gleich man nur den Monat Oktober in Betracht, dann zeigt sich sogar ein Rückgang in der Ausfuhr. Im Oktober dieses Jahres kamen nur 184 287 Doppelzentner aus Ausland nach Deutschland. Im gleichen Monat des Vorjahrs waren es noch 202 112 Doppelzentner.

Trotz dieser für die deutsche Industrie großeslos außerordentlich günstigen Entwicklung verfügen die Zementindustriellen einen eingeschränkten Spielraum, weil sonst die imländischen Unternehmer aus Auslande eindringen würden. Das von solchen Beschränkungen zu halten ist, das zeigen die vorliegenden Angaben. Von einer einzigen Firma kann die möglichst nicht gehandelt werden. Das führt nun so weniger, als die Unternehmensverbände mit den nationalen Firma für ebenso gut über die Grenzen hinaus über Verschiebungen und Marktbeschränkungen verfügen, wie unter einander in Deutschland selbst.

Diese Einsicht stellt eine Einschränkung über den Bereich des heimischen Zement-Syndikats heraus. Sein Bereich ist durch die Tätigkeit von Außensteltern gefährdet. Es besteht sich in ähnlicher Situation, wie das rheinisch-westfälische Syndikat. Ein Teil der eigenen Mitglieder gründeten neue Werke, mit denen sie sich nicht ausschlafen, sondern dem Syndikat starke Konkurrenz bereitstellen. In Belgien wird auch von Deutschland aus Konkurrenz gemacht. In letzter Zeit in belgischem Weise. Im Oktober 1911 gingen aus Deutschland nur 7 810 Doppelzentner Zement nach Belgien, im Oktober dieses Jahres jedoch 11 731 Doppelzentner. Die Firma beträgt über 50 Prozent. Die Verhältnisse auf den von Belgien und Deutschland betroffenen Märkten waren bisher durch die Entwicklung zwischen den Verbänden wenigstens in gewissem Umfang geregt worden. Seit einem Anfliegen des belgischen Syndikats weiteren Kontakt auf, die Abschließungen sind vollständig und sie wurden dann durch eine Reihe weiterer Preisabschlüsse abgelöst werden.

Was die allgemeine Preisentwicklung angeht, so darf man für das nächste Jahr wohl mit einer Steigerung rechnen. Daß

gebend dürfte der Beschluß des rheinisch-westfälischen Syndikats sein, für das nächste Jahr nur mit einem Aufschlag von 10 Mark zu verlaufen.

Sezt im nächsten Jahre die schon lange erwartete günstige Kauffähigkeit ein, dann darf auch die Zementindustrie mit günstigen Erträgen rechnen. Vorläufig allerdings verbuntelt den Konjunkturhimmel noch eine recht drohende Wolke. Anscheinend wollen die Männer im Baugewerbe einen großen Kampf herbeiführen, um die Gewerkschaften und die Arbeiter unter ihnen diktatorischen Willen zu zwingen. Kommt es infolgedessen zu einem Streit oder einer Aussperrung, die alle Baugewerbe in Deutschland in Mitteldeutschland zieht, dann bleibt naturgemäß auch das Zementgewerbe nicht verschont. Die Industriellen können sich dann für den Aussall bei den Baubuden bedanken. Zu den Leidtragenden gehören dann auch die Arbeiter. Der Arbeiter muß das zu der Erkenntnis bringen, daß er sich seiner Gewerkschaft anzuschließen hat, um mit dieser der Willkür des Kapitals wirkungsvoll entgegentreten zu können.

= Ein netter Ziegelmeister. In der Ziegelfabrik Hüttenkamp in Essen an der Ruhr haftet seit einigen Jahren ein Ziegelmeister Wolter, ein gar liebenswürdiger Mensch, der auf das Wohl "seiner" Arbeiter äußerst bedacht ist. Schön im verschlossenen Sommer konnten wir berichten, daß er seine Ziegelmeisterzahl immer so regulierte, daß seine Zieglar möglichst lange in Bewegung blieben, jedenfalls, um sie vor einem

Sturm zu beschützen, indem er für die "Kranne" wöchentlich 4 Ml. bezog. Dabei soll der Sped, der dabei Verwendung fand, durchaus nicht erstklassig gewesen sein. Vielleicht dachte der gute Meister, in der Zeit, wo so manche Arbeitervölker nicht nur auf das Sped, sondern sogar auf den Hund gekommen ist, kann auch der Zieglar mit ratsamem Sped zufrieden sein. Als das einige Zieglar durchaus nicht begreifen wollten und auf die billige "Kommune" verzögerten, hängte der liebe Wolter den unbarmherzigen Arbeitern die Spezies höher und nun gab's statt Erbsen mit Sped nur noch Erbsen mit Knochen, welche leichtere er sich täglich vom Schlachter holen ließ. Damit war das so oft gebrauchte Wort: "Den Unternehmern das Fleisch, den Arbeitern die Knochen" verwirklicht, denn es ist nicht angenehm, daß die Fleischzakut der Herren Besitzer aus einer Portion

Der Meister Wolter ist aber nicht nur ein Arbeitervriend, er ist auch ein Tierfreund. Er hat unter andern auch einige Hunde, denen er

einen liebervollen "Herr" ist. Die Liebe zu diesen vierbeinigen Freunden geht sogar so weit, daß diese von dem Essen der Arbeiter zuerst ihren Teil erhalten und das übriggebliebene erhalten dann die Arbeiter vorgelegt, so daß diese mehrfach hungrig vom Tisch gingen. Also zuerst die Hunde, dann die Arbeiter. Beinhaltige Beachtung wird den Arbeitern auch in allen andern Beziehungen zuteil. Der Schlafräum wird oft wochenlang nicht aufgesucht, obwohl das Stroh zum Streuen hindernötig ist und der Raum deshalb einem Schweinstall nicht unähnlich ist. Im Speisezimmer waren diesen Herren Porzesseln, Kürbislüben und sonstiges Futter aufgehäuft, so daß sich Gefügel und Schweine einsetzen, um im Speisezimmer der Arbeiter zu speisen. Dass bei solchen Zuständen Meister Wolter bestrebt ist, sein idyllisches Reich den neugierigen Blicken ungebetener Gäste zu entziehen, ist erklärlich. Einem früher bei ihm beschäftigten Arbeiter, der sich unterstand, auch nachher all die Wohlgerüche herzlichen zu lassen, schrieb er folgenden Brief:

"Ich fühle mich veranlaßt, seit der Überzeugung vom 5. 8. 12, daß ich Dir das Betreten der Ziegelfabrik Gebr. Hüttenkamp hiermit untersage. falls ich mein Polizeiliches Recht gebrauche somit höflich Zeiget Heinrich Ziegelmeister."

Der Meister Wolter ist sich also anscheinend wohl bewußt, daß in seinem Paradies nicht läuter Milch und Honig steht. Wäre dem so, dann brauchte er sich nicht als Cherubim mit dem Flammenschwert des "Polizeilichen Rechts" vor dem Eingang aufzuhalten. Solange er das tut, heißt es, daß in seinem Paradies aus Däfern und Dornen zu finden sind. Diese Ortszooten, wäre wohl eine nützliche Behörigung für den flügellosen Cherubim, als mit der rohen Fülligkeits zu drohen. Also, lieber Heinrich, sieh dein Flammenschwert in die Scheide und bewaffe dich mit einem Besen, damit deine Auszuhörer nicht länger im Unrat wandeln müssen!

= Das christliche Steinarbeiterverbändchen tanzt nicht!

Nachstehend bringen wir den Brief eines Steinarbeiters, den dieser als ehemaliges Mitglied der "Christen" an die Redaktion des "Steinarbeiter" gelangt ist, in dem ein recht treffendes Urteil über das schwarte Schilde gefällt wird. Es heißt da:

Werte Redaktion!

Wir großer Freude ging ich in die Fremde, um die verschiedensten Steinbrüche lernen zu können. Ich war christlich organisiert und befand mich in dem guten Glauben, daß jener Verband mir in der Steinindustrie stets vertreten wäre. Aber neuer in Sachsen, noch im Banglauer District, noch im Striegauer Revier, noch in den norddeutschen Städten konnte ich von der Existenz des so viel geprägten christlichen Steinarbeiterverbandes etwas bemerken. Wehe, wenn ein Steinarbeitermitglied jenes Verbandes auf Freien geht, und es würde auf die Steinbrüderung angewiesen sein. So ich hinkam, traß ich fröhliche Bahnstiefel des Centralverbandes Deutscher Steinarbeiter (Gießen), und ich wurde trotz meines Schwertes überall freundlich angenommen und finanziell schon unterstützt. Auf meinen Wanderungen wurde mir oft bewußt, wie groß der Einfluß der Leipziger Verband in der deutschen Steinindustrie ist. — Das freundliche Entgegenkommen der Kollegen setzte mir besonders auf, auffällig bemerkte ich etwas, daß man mich terroristieren wollte.

Ich kann gar nicht begreifen, wo die Zentralsynode, die eng mit den gewerkschaftlichen Organisationen verbunden ist, regelmäßig die Schauspieler über den Terrorismus heruntersetzt — hätten wir nicht die „rot organisierten“ Kollegen im weitesten Maße unterstützt. Hoffmaß, ich hätte viel Hunger leiden müssen. Ich trete nunmehr in den neuen Verband ein, denn was nicht mit der Steinarbeiterverbands, der in der Steinindustrie nicht die geringste Verbreitung hat. Meine Heimatstadt legt mir dar, daß die christlichen Organisationen nur ein recht lämmliches Dasein tragen.

Mit kollegalem Gras

(Folgt Unterschrift)

Diese Erfahrungen des Steinarbeiters wird wohl auch Ihnen so mancher unserer Kollegen gemacht haben, denn in der für uns zuständigen Sache der keramischen Industrie haben die Geschäftshäuser noch geringeren Einfluß als in der Steinindustrie. Sie sind bedeutungslos überall.

= Wer trägt die Schafe?

Am 3. Mai d. J. ereignete sich in der Ziegelfabrik von Hoppe in Altena am Dienstag ein beträchtlicher Unglücksfall, dem der Bezirksarbeiter-Dörfer zum Opfer fiel. In dem betreffenden Tage lag durch Zufall ein Kammerzettel, der auf dem Hof der Ziegelfabrik gelegen war, als er einen Bildstock des Heiligen Kreuzes war, auf einer Transmissionswelle benutzt wurde. Der Zunge ließ sofort die Maschine abschalten, damit der Betriebswerte aus seiner Lage befreit werden könnte. Der Bezirksarbeiter hatte aber folgende Verletzungen erlitten, daß er nach drei Tagen im Vergeblichen Krankenhaus an den Folgen der Verletzung starb. Der Ziegelmutter Karl Krugmann, der den Betrieb auf der Ziegelfabrik zu leiten hatte, sah sich heute schwer wegen fahrlässiger Tätigkeit verantworten. Ihm wurde zur Last gelegt, daß er als Betriebsleiter nicht die örtlichen Schutzvorschriften an der Transmissionswelle angetreten hat. Auch die Unfallverhütungsvorschriften der Ziegelfabriksgenossenschaft legen in § 37 vor, daß überstehende Teile einer Ziegelei, die mit 18 Meter über dem Boden befinden, unbedingt sein müssen. Der Angeklagte erklärt, daß der Teil der Ziegelei, an dem der Schadstoff stand, nur sich in einem besonderten Raum befand. Sein 15 Jahre befindet sich dieser Teil schon in derselben Verfassung und

war der Zugang zu der Ziegelei nicht für jedermann zugänglich. Der Unfall ist jedenfalls auf die Weise entstanden, daß die Maschine zu schmieren vergessen und es daher während des Betriebes übernommen hat. Bei der Gelegenheit wird die Kleidung des Arbeiters von der Ziegelei worden sein. Wenn die Maschine still steht, kann man sehr gut an die Schmierstäbchen herantreten, so daß keine Gefahr besteht. Der Sachverständiger vorgenommene Gewerbeinspektor Stenzel steht auf dem Standpunkt, daß dem Angeklagten ein Verhältnis an dem Unfall bestimmt sei. Erstens befand sich die Transmissions nur 40 Centimeter über dem Boden, war ordentlich und hatte um 1000 Umdrehungen, so daß es schon auf Grund der Unfallverhütungsvorschriften die Ziegelei hätte aufwehren müssen. Als Widerungsgrund kommt aber bei dem Angeklagten in Betracht, daß auch der Gedanke gegen die Betriebsordnung verstoßen hat, er hätte niemals während der Arbeit die Maschine schmieren dürfen. Auf Grund des Gutachtens beantragte der Staatsanwalt eine Freiheitsstrafe von einem Monat. Rechtsanwalt Dr. Vogel trat für die Freisprechung des Angeklagten ein, da denselben in objektiver Weise keine Fahrlässigkeit vorgeworfen werden kann. Nach seiner Ansicht sei der Unfall durch das gezwungene Verhalten des Getöteten verhindert worden. Das Gericht folgte dem Antrage des Verteidigers, da nicht mit Sicherheit festgestellt werden ist, daß der Unfall während des Betriebes entstanden sei. Der Angeklagte wurde daher freigesprochen. Es ist beinahe merkwürdig, daß die Säuber wider den Arbeiterschutz ist immer milde Richter finden. Die Arbeiter sind da viel weniger glücklich. Die Berufsgenossenschaft wird selbstverständlich auch diesen Fall unter die Obhut: "Schulz der Arbeiter" bilden und kein Mensch wird es später den toten Zahlen ansehen, wie die Wahrheit in ihr Gegenteil verkehrt wird.

Rundschau

Die Kameraden.

Herr Kamerad! Unter dieser Überschrift beginnt gewöhnlich die Aufrufserklärung zum Beitritt in die Krieger- und Militärvereine. Und nicht zuletzt wird mit dem Hinweis geprahlt, daß der Verein jedem (1) verstorbene "Herrn Kameraden", wenn er Mitglied war, als legitime Erben ein militärisches Erbe verleiht.

Es ist ja genug bekannt, daß der "Herr Kamerad" stark an Bedeutung verlieren, wenn er nur (1) Arbeiter ist. Ebenso bekannt ist, daß dem Herrn Arbeiter-Kameraden, wenn der selbe zu Lebzeiten Mitglied seiner gewerkschaftlichen Organisation war, häufig ein militärisches Begräbnis verweigert wird. Aber neu dürfte sein, daß ein Krieger- und Militärverein den militärischen Toten verspricht (mit der Bedingung, daß "Toten" durch nicht mit, und dann — nicht kommt obwohl die "Toten" eine Beisetzung überhaupt nicht planten). Darum sei ein Vorwurms, das in Ansbach stark diskutiert wird, hier berichtet. Es mag für manchen Arbeiter Anlaß sein, dieses "Herr Kamerad" richtig einzuschätzen.

In der letzten Novemberwoche verstarb ein Mitglied unseres Verbandes an der Proletarierkrankheit. Auf Sterbegeld hatte die Witwe keinen Anspruch. Die Voraussetzungen (Statut § 17) waren nicht erfüllt. Daher beschloß die Verwaltung unter Bahlstelle, der in dürfstigen Verhältnissen lebenden Witwe an Stelle eines Kranges einen entsprechenden Betrag in bar zu überweisen. Genug das Vermögnungslos, was in diesem Falle zu tun war. Am Tage vor dem Begräbnis kam die Witwe in das Gewerkschaftsbüro und bat, der Verband sollte keinen Vertreter schicken, weil sonst der Verein ehemaliger 14er die Beisetzung verweigerte. Sie habe eine dahingehende Nachricht vom Vorstand erhalten. Selbstverständlich wurde von unter Bahlstelle der Wunsch erfüllt.

So war die Wahl frei für die tapferen Militärvereiner, welche diese Freiheit dazu benutzten, sich unsterblich zu blamieren. Es erschien nämlich — ein Vertreter, und wie man hört, nicht einmal offiziell. Von Wahne ist keine Spur. Die Witwe hatte die Witwe selbst bestellt und sie muß sie wahrscheinlich auch selbst bezahlen. Unsre Kollegen die noch in solchen Vereinen Mitglied sind, mögen sich diesen Beweis „treuer Kameradschaft“ zur Nutz nehmen.

Heimarbeiterviertel in Irland.

Ein amtlicher Bericht des englischen Ministeriums des Innern über die Arbeitsverhältnisse im britischen Siedlungslande und verarbeitenden Gewerben enthält zahlreiche Einzelheiten über die Lage der Arbeiterschaft. Die Gewerbe werden meist hausindustriell betrieben und beschäftigen fast ausschließlich Frauen und Kinder. Es sind meist Witwen und unverheiratete Frauen, die von ihrem eigenen Gewerbe leben, verheiratete Frauen, deren Männer arbeitslos sind oder als unqualifizierte Arbeiter sehr niedrige Löhne verdienen. Die Untersuchungskommission fand, daß die wichtigsten Arbeiterschutzgesetze einfach unbeachtet gelassen wurden. In der Handelskammer und Delegationen als „hochqualifizierte Gewerbe“ bezeichnet, die erhalten viele Arbeiterschwestern einen Stundenlohn von 2 Pence bis zu einem halben Penny. Die Kommission erwähnt einen Fall, der besonders untersucht wurde. Eine junge Frau von 26 Jahren war mit der Herstellung von Händen zu 8 Pence bzw. 12 Pence betraut. Nach Ablauf des Arbeitstags und der Strafenabnahmen verdiente sie ½ Penny die Stunde. Die Folge ist, daß Frauen und Kinder oft täglich bis zu 20 Stunden arbeiten müssen, um einen Hungerlohn zu verdienen.

In ländlichen Gebieten sind die Zustände noch schlimmer, weil die Arbeitnehmer noch von diesen Hungerlöhnen einen Teil an Vermittler abgeben müssen. Die Kommission berichtete, daß Kinder, die das Material und die fertige Ware vom Unternehmer nach Hause und zurückbringen, von dieser Arbeit eine dauernde Misshandlung ihrer Glieder und namentlich verätzende Schulterschwellen davontragen.

Die Untersuchungskommission ist der Überzeugung, daß die Arbeiter infolge ihrer schwierigen Lage und des vollständigen Mangels an Organisationen auf sich allein angewiesen, gänzlich widerstandsunfähig sind, und daß der Staat ihnen zu Hilfe kommen müsse. Sie schlägt für die Leinenindustrie und verwandte Gewerbe in Nordirland die Einführung staatlicher Sozialminister vor, die nach dem Muster der englischen Mindestlöhne festlegen sollen.

Die Herren vom Stahl und von der Dividende.

Sie haben wieder einmal im Hotel Adlon beisammen, die Triumvir der Industrieprozeß. Ziel ist gerichtet worden und deutlich sind die Herren aus Rheinland-Berfalen unter gewesen. Desmegen lohnt es sich, ihre Neuerungen wie sie offiziell durch das Stenogramm festgehalten worden sind, etwas genauer zu betrachten. Vorher die Bildseite:

Bentral Rötger, der Vater der Gemüllung, sagte unter anderem: "... trotzdem Wallstraße und Geldmarktfat (sic!) erkennt die deutsche Industrie einer Konkurrenz, die man wohl ohne Überleitung als eine glänzende bezeichnen kann. Davon können wir mit Stolz hinnehmen."

Der Reichsführer des Centralverbandes deutscher Industrieller, Regierungsrat Schweighoffer, meint: "... Tatsache, daß auch das laufende Jahr, so sehr es hinsichtlich der Preise für den Lebensunterhalt unter der Vergangenheit gestiegen hat, dennoch von einer in jeder Hinsicht ausmärtig stehenden wirtschaftlichen Entwicklung zeugt."